

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 66 (1932)

334 (7.12.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-790321](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-790321)

Einzelpreis 10 Pf.

Die Nachrichten erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. Preis pro Exemplar monatlich 2,10 Mark.
Verleger: Dr. H. H. Berlin, 6. Dezember.
Gedruckt bei der Druckerei des Verlegers, Berlin SW 68, Zimmerstr. 26-28 (Fernsprecher A 7 2000).

Nachrichten für Stadt und Land

Zeitung für oldenburgische Gemeinde- und Landesinteressen

Hauptverleger: Wilhelm von Bülow. — Verantwortlich für Inhalt: Dr. Konrad Barisch, für den heimatischen Teil: H. Kopp, für Turnen, Spiel und Sport: S. Kuntze. — Fernsprecher: Dr. H. H. Berlin, SW 68, Zimmerstr. 26-28 (Fernsprecher A 7 2000). — Druck: Verlag von H. H. Berlin in Oldenburg.

Nummer 334

Oldenburg, Mittwoch, den 7. Dezember 1932

66. Jahrgang

Heute: 3 Beilagen

Beilagen aus Oldenburg, haben die 30 mm breite Millimeterzeile 10 Pf., auswärtsige 15 Pf., Familienanzeigen 8 Pf.; im Zeitteil die 39 mm breite Millimeterzeile 10 Pf., auswärtsige 15 Pf. Bei Betriebsform, Streifen usw., hat der Bezahler keinerlei Anspruch auf die Verringerung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Eröffnung des Reichstags

Präsident: Göring — Vizepräsidenten: Esser, Rauch, Böbe — Eine scharfe Rede Bismanns

Dr. H. Berlin, 6. Dezember.

(Sonderdienst unserer Berliner Schriftleitung)

Reichstagsöffnung war im Vorkriegsdeutschland eine Angelegenheit besser politischer Repräsentation, die die deutsche Nation sinnfällig vor dem In- und Ausland zeigte. Heute ist die Eröffnung des Reichstags mehr ein peinliches Schauspiel, das der Nation ihre Zerfahrenheit offenbart.

General Bismann ging in seiner Eröffnungsansprache auf sein persönliches Verhältnis zu Hindenburg ein. Daß der Angriff auf Hindenburg in der frei vorgetragenen Rede Bismanns so scharf ausfiel, war nicht erwartet worden. Auch wir teilten die Enttäuschung, der Bismann über gerechtere Worte doch gesagt werden, ob es nicht möglich war, das von Bismann erwähnte „Schlingensiefel“ durch tatsächliches Handeln und Umarmen des Hindenburgischen Auftrages erfolgreich zu beenden. Aber das ist vorbei!

Der Reichstag erlebte dann das Schauspiel, daß Nationalsozialisten und Deutschnationale alle Stimmen der Reichstagspräsidenten gegeneinander stimmten. So wurde Göring mit einer absoluten Mehrheit gewählt, die ohne die

deutschnationalen Stimmen war, hingegen hatten Zentrum, Katholische Volkspartei und Deutsche Volkspartei den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenstuhl rückhaltlos anerkannt. Daß es bei der Wahl des Reichstagspräsidenten beinahe zum Erkenntnis auf einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront gekommen wäre, verdient bemerkt zu werden. Daß diesmal kein Deutschnationaler dem Reichstagspräsidium angehört, sei in diesem Zusammenhang vermerkt.

Die zweite Frage von großer politischer Wichtigkeit war die Festlegung der Tagesordnung für den Mittwoch. Sie steht in engem Zusammenhang mit der von der Regierung Schleicher gewünschten Verjagung des Reichstags. Das Ergebnis des Dienstags ist: Am Mittwoch werden die sachlichen Anträge der Nationalsozialisten, in der Hauptsache der Gehaltentwurf über die Selbstvertretung des Reichstagspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten, ferner der Zentrumsgesandtschaft zur Abänderung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 4. September, auf der Tagesordnung stehen, sonst nichts, zum Ärger der Linksparteien.

Sitzungsbericht

Berlin, 6. Dezember.

Die Eröffnungssitzung des Reichstags hat auch diesmal wieder zahlreiche Neuerungen sehr zettig in die Annäherung des Reichstages gebracht. Zunächst war die Menge geduldig, um den Mannschaften beim Anmarsch der Abgeordneten aus höchster Höhe beobachtet zu können. Die Polizei hat wiederum unangenehme Abwehrmaßnahmen getroffen. Im Reichstag selbst herrscht schon seit den frühen Vormittagsstunden das rege Getriebe eines „Großen Tages“, das sich mit vorrückender Zeit verstärkt.

Wenige Minuten vor 3 Uhr nachmittags rufen die Klingelzeichen die Abgeordneten in den Saal. Die Tribünen sind bereits überfüllt. Die Nationalsozialisten, die sind sämtlich in SA-Uniformen erschienen, ziehen geschlossen unter Kommando des Abgeordneten Fric ein. Die Regierungsbank bleibt leer.

Pünktlich um 3 Uhr betritt der Alterspräsident Abgeordneter Bismann in den Saal und beugt sich zum Präsidentenplatz. Der Alterspräsident trägt einen schwarzen Rock und hat das Eisenkreuz I. Klasse angelegt. Er wird von den Nationalsozialisten mit förmlichen Heil-Heuten begrüßt, die die Kommunisten mit „Nieder“-Rufen beantworten.

Alterspräsident Bismann

steht zunächst fest, daß er am 22. Januar 1850 geboren und somit 82 Jahre alt sei. Da auf seine Frage, ob ein älteres Mitglied des Hauses anwesend sei, sich niemand meldet, erklärt er, daß er nach der Geschäftsordnung als ältestes Mitglied des Hauses zu präsidieren habe.

Hierauf eröffnet der Alterspräsident die Sitzung und beruft zwei Nationalsozialisten, einen Deutschnationalen und ein Zentrumsmittglied zu vorläufigen Beisitzern.

Unsere Nachbater, so erklärt der Alterspräsident dann, haben sich in den letzten vierzehn Jahren reichlich Mühe gegeben, das Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen. Die letzten Enttäuschungen waren die des 13. August und des 25. November. Man hatte erwartet, daß der Reichspräsident nach diesen jahrelangen fruchtlosen Experimenten zur betretenden Tat schreiten und den Führer der stärksten politischen Bewegung Deutschlands mit der Regierungsführung beauftragen würde. (Lachen bei den Kommunisten.) Es wäre dann die Wahl auf einen Mann gefallen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Lachen und „Nieder“-Rufe bei den Kommunisten.)

Stattdessen hat man ein Schlingensiefel geführt. Man wollte unserem Führer nicht die Macht überlassen. Während der Reichspräsident einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Papen sein volles Vertrauen schenkte, verweigerte sein Vertrauen dem Manne, in dem Millionen Deutscher den größten und besten der lebenden Deutschen sehen (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten), der vierzehn Jahre und länger gearbeitet hat, Deutschland zu erretten. In seinem Schreiben vom 23. November, das ein Muster an Geradheit, Klarheit und Wärme ist, hat Adolf Hitler unter Einfluß seiner Person und seiner Bewegung sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt; er ist abgelehnt worden. Vor genau achtzehn Jahren, am 23. November 1914, fand die Durchbruchschlacht bei Lodz statt; sie brachte die glückliche Wendung, und ihr verdankt der jetzige Reichspräsident seinen Feldmarschallsstab. Heute kann es sich um die gleiche Sache handeln, als um den Feldmarschallsstab. Es handelt sich darum, daß er dem historischen Recht entgeht, das deutsche Volk zur Verwerfung getrieben und dem Völsche-



Paul von Hindenburg, der wiederum zum Reichstagspräsidenten gewählt wurde, beim Betreten des Reichstagsgebäudes.

wissens ausgeliefert zu haben, obwohl der Fetter bereit stand, (laute Zwischenrufe und Huh-Huh-Rufe bei den Kommunisten.) Volk und Vaterland müssen einzige Richtschnur unseres Denkens und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen oder einer Familie oder einer Gesellschafts-schicht oder einer politischen Partei, oder gar einer auswärtigen Macht dürfen dabei keine Rolle spielen. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Lachen der Kommunisten. — Abgeordneter Dr. Fric (N.S.) erhebt sich erregt und verbittet sich beschimpfende Jurist der Kommunisten. Gleichgültig, ob er von Dauer ist oder nicht, der Artikel 1 der Reichsverfassung heißt: die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Die Abgeordneten Dr. Fric (N.S.) und Torgler (Kom.) beantragen, die in Haft befindlichen nationalsozialistischen Abgeordneten acht vom Volke aus. — Abgeordneter Dr. Fric (N.S.) beantragt, die in Haft befindlichen nationalsozialistischen Abgeordneten Maddalena, Buchmann und Thom freizulassen. Abg. Torgler beantragt weiter die Aufhebung der Bürgerrechtsnotverordnung. Abg. Dittmann (Z.) stimmt der Haftentlassung der drei Kommunisten zu und richtet an die Nationalsozialisten die Frage, ob es richtig sei, daß die Abgeordneten, deren Freilassung sie fordern, wegen Totschlags und Bombenlegerei im Gefängnis sitzen. Diese Fälle müßten erst dem Geschäftsausschuss überwiefen werden. Abg. Dr. Fric (N.S.) erklärt, nach dem Widerspruch des Abg. Dittmann gegen die sofortige Haftentlassung der Nationalsozialisten wider spreche er auch der sofortigen Haftentlassung der Kommunisten. (Lärm.)

Es folgt der Namensaufruf der Abgeordneten, der etwa eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. Der Namensaufruf ergibt, daß von den insgesamt 584 gewählten Abgeordneten 566 anwesend sind.

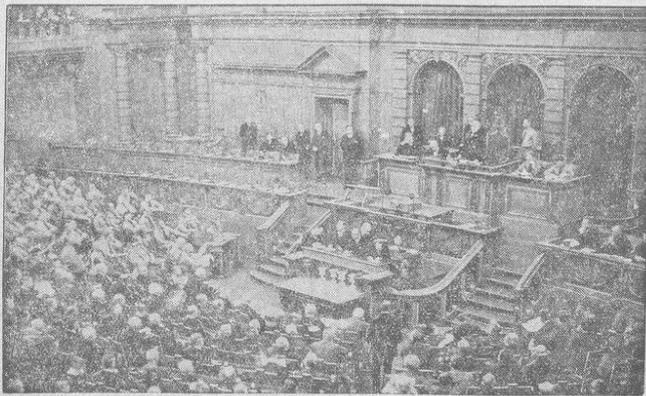
Unter den fehlenden Abgeordneten befindet sich auch die Alterspräsidentin des letzten Reichstags, die kommunistische Abgeordnete Frau Zeitin, die in Moskau weilt. Der Reichstag ist damit konstituiert.

Abg. Fric (N.S.), der das Wort zur Geschäftsordnung erhält, beantragt sofortige Abstimmung über die Haftentlassungsanträge zugunsten von zwei nationalsozialistischen Abgeordneten.

Abg. Torgler (Kom.) beantragt seinerseits die Haftentlassung von drei kommunistischen Abgeordneten. Ferner beantragt der Redner sofortige Verjagung eines Antrages auf Aufhebung der Bürgerrechtsnotverordnungen und eines weiteren Antrages, der die Aufhebung von Verboten verschiedener kommunistischer Zeitungen verlangt.

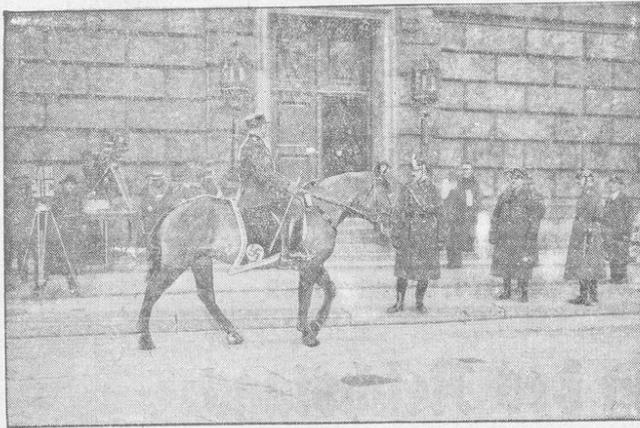
Abg. Dittmann (Z.) erklärt, gegen die Haftentlassung der drei kommunistischen Abgeordneten keine Bedenken zu haben. Dagegen habe der Abgeordnete Fric (N.S.) seines Wissens durch einen Stuß aus einem Attribut ein Mädchen schwer verletzt, und der Abgeordnete Greif (N.S.) gehöre zu den schleswig-holsteinischen Bombenlegern. Der Redner beantragt, diese beiden Fälle dem sofort zu bildenden Geschäftsausschuss überwiefen zu werden.

Abg. Dr. Fric (N.S.) widerspricht nunmehr auch der Behandlung der kommunistischen Anträge (Weißl bei den



Der Alterspräsident, General Bismann, eröffnet die erste Sitzung des neuen Reichstags. Die Regierungsbank ist leer; die Nationalsozialisten auf dem Bild links — tragen Uniform. Das Bild ist ruhig, aber wie lange?

Ö. zu Pferde



Zum erstenmal zeigte sich bei der Eröffnung des Reichstags ein berittener Ö.-Mann vor dem Reichstagsgebäude

Nationalsozialisten). Es sei festzustellen, so erklärt er, daß der Abgeordnete Dittmann mehr Verständnis habe für Leute, die wegen Landesverrat angeklagt worden seien. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten).

Alterspräsident Eißmann stellt darauf fest, daß die sofortige Erledigung der Anträge wegen des Widerpruchs nicht erfolgen kann.

Nach der Konstituierung schritt der Reichstag zur Wahl seines Präsidiums. Von nationalsozialistischer Seite wird Abgeordneter Göring für die Wahl zum Präsidenten vorgeschlagen. Die Deutschnationalen lassen erklären, daß sie für den Abgeordneten Graef stimmen würden, nachdem die Nationalsozialisten sich geweigert hätten, geschlossen für Graef als Vizepräsidenten zu stimmen. Die Sozialdemokraten schlugen den früheren Reichstagspräsidenten Löbe vor, die Kommunisten den Abgeordneten Torgler. Die Wahl erfolgte durch Stimmzettelabgabe.

Der bisherige Reichstagspräsident Göring (NS.) wurde mit 279 Stimmen zum Reichstagspräsidenten wiedergewählt. Insgesamt waren 545 Stimmen abgegeben worden. Göring hat also 6 Stimmen über die Hälfte sämtlicher abgegebenen Stimmen erhalten. Görings Wiederwahl wurde von den Nationalsozialisten mit lächeligen Heil-Hufen quittiert. Der wiedergewählte Präsident übernahm sofort die Leitung der Sitzung.

Von den übrigen Kandidaten hatten erhalten der Abgeordnete Löbe (Soz.) 120, Abgeordneter Torgler (Kom.) 92 und der Abgeordnete Graef (DNVP.) 51 Stimmen; drei Stimmen waren zerstreut.

Präsident Göring

danke dem Alterspräsidenten für die Einleitung der Sitzung und nennt ihm ein Vorbild für das ganze Volk hinsichtlich seiner Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten). Er dankt ferner für das ihm durch die Wiederwahl entgegengebrachte Vertrauen. Es wird meine Pflicht sein, so fährt er fort, die Geschäfte des Reichstages der Verfassung und der Geschäftsordnung gemäß zu führen und allezeit für die Rechte des Volkes einzutreten. Das wichtigste aber wird sein, unserem gekauften Volke Einberührung seiner entscheidlichen Not zu bringen und in diesem Bestreben sollten sich alle Deutschen zusammenfinden. Man hat in den letzten Monaten immer wieder versucht, die Volkvertretung herabzuwürdigen und von einem überlebten Parlamentarismus zu sprechen. (Lachen links.) Auch wir sind gegen einen überlebten Parlamentarismus und gegen unangebrachte Parteiherrschaft. Andererseits müssen wir feststellen, daß das Parlament zur Zeit die einzige Stelle ist, an der der Wille des Volkes kundgetan werden kann. (Hört, hört bei den Kommunisten.)

Die Regierung haben hat wohl alles getan, um im Volke den Begriff der autoritären Staatsführung gründlich zu zerstören. (Sehr wahr, bei den Nationalsozialisten.) Die einzige Autorität ist die im Volke verwurzelte, die sich nicht allein auf Bonaparte stützt, auf denen man auf die Dauer nicht sitzen kann. (Heiterkeit und Lachen links.) Wir bedauern auch das lebhafteste, daß durch die Ernennung des Reichswehrministers zum Kanzler die Wehrmacht in den politischen Tageskreis hineingezogen worden ist. Die Wehrmacht gehört dem ganzen Volke. Ihr Ziel ist nach außen gerichtet, und niemals darf sie im Innern des Landes als Polizei verwendet werden. Der Reichspräsident hatte Bedenken, so weitgehende Machtbefugnisse an den Führer einer Partei zu geben, die ein Drittel des Volkes darstellt. Jetzt aber wird eine noch viel weitergehende Macht doch an eine einzelne Person gegeben. Unsere Bewegung kämpft für die Erstreckung des Volkes, und in diesem Sinne werde auch ich mein Amt als Dienst am Volke ausüben. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Nummehr erfolgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) schlägt dafür den Abgeordneten Effer (Zentrum) vor, und Abgeordneter Löbe befragt diesen Vorschlag für seine Fraktion.

Abg. Raedel (Kom.) bringt den Abgeordneten Torgler in Vorschlag.

Die Wahl des Reichstages ergibt die Wiederwahl des Abgeordneten Effer (Zentrum) mit 445 von insgesamt 544 Stimmen. Der Abgeordnete Torgler (Kom.) erhielt 93 Stimmen. Sechs Stimmen waren zerstreut.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erbrachte der erste Wahlgang kein Ergebnis, da keiner der Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erzielte. Die Stichwahl zwischen dem Abgeordneten Löbe (Soz.) und Raedel (Kom.) ergab die Wahl des Abgeordneten Raedel (Kom.) mit 255 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten. Abgeordneter Löbe erhielt 202 Stimmen, während 95 Stimmen ungültig waren.

Auch bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten des Reichstages mußte Stichwahl erfolgen, und zwar zwischen dem von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Abgeordneten Dr. Hugo (DNVP.) und dem Abgeordneten Löbe (Soz.). In der Stichwahl wurden erst 205 Stimmen gezählt. Die Entscheidung mußte nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung durch das Los erfolgen, das unter allgemeiner Spannung durch den amtierenden Vizepräsidenten Effer gezogen wurde. Die Entscheidung fiel zugunsten des Abgeordneten Dr. Hugo. Bei einer nochmaligen Zählung der Zettel ergibt sich aber, daß Löbe eine Stimme Mehrheit hat, so daß die Auslosung ungültig und Löbe gewählt ist.

Dann folgt die Wahl der Schriftführer. Die Wahl der zwölf Schriftführer wird in einem Wahlgang vollzogen. Das Ergebnis wird in der Mittwochssitzung veröffentlicht werden. Hierauf benennt das Haus die Mitglieder für den Ausschuss für die Untersuchung und den Heberwahrungsausschuss, die sich am Mittwoch konstituieren sollen.

Abg. Torgler (K.) beantragt erneut die sofortige Abstimmung über die Haftentlassung der in Haft befindlichen drei kommunistischen Abgeordneten. Abg. Dr. Fried (NS.) erklärt, er werde der sofortigen Abstimmung nicht widersprechen, wenn sie zugleich auch für die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten gelte.

Widerpruch wird diesmal nicht erhoben, und die Haftentlassung der fünf Abgeordneten wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten (Wahl Die neue Mehrheit) beschlossen. Damit ist der Arbeitsstoff der ersten Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung soll nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten Effer Mittwoch 14 Uhr stattfinden. Auf der Tagesordnung soll nach seinem Vorschlag stehen der Gesetzentwurf über die Vereinerung des Reichspräsidenten, Anträge auf Veränderung der Verfassung vom 4. September, Amnestieanträge und Anträge auf Amnestie und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Löbe (Soz.) beantragt, auch die Entgegennahme der Ablehnungserklärung und die Anträge auf Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Torgler (K.) meint, es sei interessant, daß der nationalsozialistische Präsident die entscheidenden Abstimmungen gegen das neue Kabinett Schleicher noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe. Die Kommunisten müßten verlangen, daß schon morgen die Anträge auf Aufhebung aller Verordnungen und die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Schleicher auf die Tagesordnung gesetzt seien.

Abg. Breitscheid (Soz.) widerspricht dem kommunistischen Verlangen, morgen schon über den Mißtrauensantrag abzustimmen. Die neue Regierung habe einen Anspruch darauf, mit ihrem Programm gehört zu werden, und der Reichstag habe das Recht, seine Meinung zu diesem Programm zu sagen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag, das Mißtrauensvotum schon morgen auf die Tagesordnung zu setzen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten rufen: „Die Ketten Schleichers!“

Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Regierungsprogramm-Debatte abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidiums. Schluß der Sitzung gegen 20 Uhr.

Der Mestkentrat

Berlin, 6. Dezember.

Der Mestkentrat des Reichstages trat am Dienstagabend nach der Vollziehung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde die Geschäftsfrage des Reichstages besprochen und die Redezeit für die Vorträge bestimmt, die auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung stehen. Der Donnerstag bleibt wegen des festlichen Feiertages sittingsfrei. Am Freitag sollen die drei Vorträge der zur Beratung stehenden Gesetzesentwürfe erfolgen. Am Schluß der Freitag-Sitzung wird über eine mögliche längere Vertagung entschieden werden. Das endgültige amtliche Prüfungsergebnis hinsichtlich der Wahl Löbes wird dann zu Beginn der Mittwoch-Sitzung des Reichstages mitgeteilt werden.

In der Sitzung des Mestkentrates brachte ferner der Abgeordnete Steinhoff (DNVP.) die alte deutschnationale Forderung vor, der deutschnationalen Fraktion die äußersten Tische auf der rechten Seite des Sitzungssaales einzuräumen. Göring lehnte es aber ab, diese Frage erneut zu erörtern.

Kunstpikten in die Falle gegangen
Sensationelle Aufklärung des Einbruchs ins Fridolin-Münster

Trier, 6. Dezember.

Der aufsehenerregende Einbruch in das altberühmte Fridolin-Münster in Säckingen, bei dem unbekannte Täter Kirchenschatze und Kunstgegenstände im Werte von mehr als einer Million Mark erbeuteten, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Jetzt ist es den Landjägern in der Gegend von Trier gelungen, drei Männer und eine Frau zu verhaften, die einer internationalen Bande von Museumsdieben und Kirchenräubern angehören und auch den Einbruch in Säckingen herbeiführt haben. Die geraubten Schätze aus dem Münster können restlos sichergestellt werden.

Der Polizei ist diesmal ein ganz großer Schlag gefallen. Sie konnte dank einer raffinierten List und der Unterstützung belgischer, holländischer und französischer Polizeibehörden eine internationale Kolonne von Aufsehenerregenden unschädlich machen, die nicht nur den aufsehenerregenden Diebstahl im Säckinger Münster verübte, sondern wahrscheinlich die meisten Museumsdiebstühle der letzten Zeit auf dem Nordseegebiet hat. Man vermutet, daß die Täter, ein Russe, ein Franzose und ein Belgier, die mit einer Frau in Deutschland zusammenarbeiten, auch den holländischen Königsmanier aus dem Göttinger Universitätsmuseum entwendet haben. Sie stehen ferner auch im Verdacht, die Diebe vom Jittauer Stadtmuseum zu sein.

Die Festnahme der Bande ist unter ganz abenteuerlichen Umständen erfolgt. In der Nähe der Saar Grenze spielten sich bei dem Dorf Wadrlitz seit einiger Zeit merkwürdige Dinge ab. Eine Frau Meyer, die in dem benachbarten Hochwald zu Hause war, wurde oft in Gesellschaft eines unbekannten Mannes gesehen, der anscheinend über reichliche Geldmittel verfügte, da er es in Wirtshäusern mit vollen Händen ausgab. Die Stellbühnen der Frau Meyer mit diesem Mann spielten sich allerdings nicht öffentlich ab, doch wurden die beiden einige Male zu nächstlicher Stunde gesehen. Man machte die Polizei auf ihr Treiben aufmerksam. Das Paar wurde heimlich beobachtet; man erfuhr, daß es öfter geheimnisvolle Reisen nach Frankreich und Luxemburg unternommen hatte.

Vor einigen Tagen hörte man, daß der Unbekannte wieder aufgegriffen war; offenbar hatte er sich, wie schon oft, nachts über die Grenze geschlichen. Die Beamten konnten nicht nachvollziehen, wie er wieder mit Frau Meyer zusammenkommen würde, und lauerten der letzteren nun sie fest. Kurz darauf begegnete die Landjäger einem fremden Mann, der sich als Wanderhändler bezeichnete. Die Landjäger nahmen ihn ins Verhör und erfuhr, daß ihn ein Mann beauftragt hatte, Frau Meyer zu einer Unterredung in einen Steinbruch zu bringen. Steinbrüche und verlassen Vergwerke waren ihre beständigen Aufenthaltsorte.

Um ein Entkommen des Fremden zu verhindern, griffen die Beamten zu einer List. Der Oberlandjäger Haas aus Weiskirchen jagte die Weiber der verhafteten Frau Meyer an, wobei er die merkwürdige Feststellung machte, daß der Kopf aus dem Entkommen des Ehegatten genügt war.

Dann marschierte „Frau Meyer“ mit zwei handfesten Beamten zum verlassenen Steinbruch.

Die List gelang. In der Dunkelheit konnte man nicht erkennen, daß in den Frauenkleidern ein Mann von ungefähre gleicher Statur wie Frau Meyer steckte. In dem Augenblick, als der Verleibte vor dem Unbekannten stand, riß er seine Pistole heraus, hielt sie dem Mann mit dem Auf „Hände hoch!“ vor die Brust. Der Unbekannte machte Miene, auf den Beamtens loszugehen, aber angehtsch der zwei Landjäger, die plötzlich wie aus dem Boden gewachsen vor ihm auftraten, gab er jeden Widerstand auf. Man brachte ihn ins Landjägeramt.

Gleichzeitig nahm man im Hause der Frau Meyer, in dem außer der Verhafteten ihre Mutter und ein fremder Mann wohnten, eine Hausdurchsuchung vor. Dabei wurde eine komplette Fallschirmjägeruniform ausgehoben, in der alles zur Fabrikation von Hinführungsbomben vorbereitet war. Der Beschäftigte konnte zunächst ein Verbrechen zu sein, mußte aber dann zugeben, daß er Mitglied einer internationalen Verbrecherbande ist. Er nennt sich Ivan Fedorow und behauptet, aus Odesa zu stammen. Es stellte sich heraus, daß er zur Zeit des Einbruchs im Fridolin-Münster mit Frau Meyer in Baden gewesen war. Die kriminalpolizei in Säckingen stellte weiter fest, daß der Kopf der Frau Meyer unversehrt aus einem in Säckingen geraubten Messingbehälter ausgegriffen war.

Das letzte Glied in der Beweisette bildete eine Adresse, die man unter Frau Meyers Papieren fand. Es war dies die Brüsseler Adresse Fedorolows. Die Polizei in Brüssel wurde telegraphisch verständigt und bei der sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man einen Großteil der Beute aus dem Fridolin-Münster.

Aus weiteren Geständnissen Fedorolows und Frau Meyers, die durch die schwerwiegenden Beweismittel allmählich zum Sprechen gebracht wurden, erfuhr man, daß bei dem Einbruch ins Fridolin-Münster ein Franzose und ein Belgier mitgewirkt hatten. Diese beiden wurden auf Grund eines telephonischen Erfundens der Landjäger in ihren Ländern sofort verhaftet und haben bereits Geständnisse abgelegt.

Nun ging es an die Ausforschung der noch nicht ermittelten Kofstärker. In einem Dufend ausländischer Städte wurde die Polizei in Bewegung gesetzt. Auch und nach langem man bei den Hehlern den Rest der vermissten Stücke. Frau Meyer hatte sie über die Luxemburgische Grenze nach Belgien und Frankreich geschmuggelt. Sie wurden restlos wieder ergorben und werden demnächst wieder dem Münster übergeben werden.

Die drei Verhafteten — Frau Meyer, Fedorolow und sein Vete — sind dem Untersuchungsgefängnis in Trier eingeliefert worden. Gegen ihre im Ausland festgenommenen Mitwisenden wurde das Auslieferungsgesuch gestellt. Die Polizei ist weiter um die Aufklärung des Treibens der Bande bemüht, und man hofft, auf diesem Wege auch den eingangs erwähnten Museumsdiebstählen auf die Spur zu kommen.

Herriot gibt eine ungenügende Erklärung ab

Die Fünf-Mächte-Konferenz

Genf, 6. Dezember.

Die Fünf-Mächte-Besprechung ist am Dienstagmorgen unter dem Vorsitz von MacDonald fortgesetzt worden. An der Sitzung nahmen wiederum mehrere Vertreter jedes Landes teil, von deutscher Seite Freiherr von Neurath, Gesandter bei Weizsäcker und der Vorkonferenzpräsident des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Franke. In der Sitzung hat der deutsche Außenminister eingehend die Gründe dargelegt, die für Deutschland die Annahme des amerikanischen Planes unmöglich machen. Er machte einen Gegenvorschlag, den MacDonald als zu weitgehend gar nicht zur Debatte gestellt, weil der allergrößte Widerstand Frankreichs sicher sei. (1)

In der Mittagspause, in der die Erörterung des amerikanischen Planes wieder aufgenommen wurde, gab dann Herriot im Namen der französischen Regierung folgende Erklärung zur Gleichberechtigungfrage ab:

„Frankreich erkennt an, daß einer der Zwecke der Abrüstungskonferenz der ist, Deutschland und den übrigen durch die Friedensverträge entwaffneten Mächten die Rechtsgleichheit im Rahmen eines Regimes zu gewähren, das für alle Mächte, somit auch für Frankreich, die Sicherheit einschließt.“

Diese Erklärung wurde dem deutschen Außenminister als die Grundlage für die Mächte-Deutschlands in die Abrüstungskonferenz vorgelegt und von den übrigen Mächten als ein außerordentliches, bisher noch nicht dagewesenes Entgegenkommen gegenüber Deutschland bezeichnet. Man machte geltend, daß diese Erklärung nunmehr die sofortige Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz ermöglichen müßte.

Auf die dahingehende Frage lehnte der Reichsaussenminister die Erklärung Herriots als ungenügend ab, behielt sich jedoch eine endgültige Stellungnahme vor.

Die Erklärung Herriots zur Gleichberechtigungfrage wird in den leitenden deutschen Kreisen zwar als ein gewisser Fortschritt bezeichnet, jedoch keineswegs als genügend, um eine Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Man weist darauf hin, daß diese Erklärung außerordentlich vage und nur in allgemeinen Umrissen gehalten sei, so daß damit keinerlei Klarheit über Frankreichs künftige Stellung in den Abrüstungsfragen geschaffen werde. Freiherr v. Neurath beabsichtigt, am Sonnabend nach Berlin zurückzukehren.

Herriot und MacDonald, die abends Genf verließen, haben mitgeteilt, daß sie am Sonnabendfrüh wieder in Genf eintreffen würden. Die Verhandlungen werden unterdessen fortgeführt.

Hoovers Kongreßbotschaft

Washington, 6. Dezember.

Präsident Hoover verlas im Kongreß die übliche Jahresbotschaft. Er erklärte, daß die bisherigen Maßnahmen und die Kredite der Finanzrekonstruktionsgesellschaft die beschäftigte Bevölkerung der Vereinigten Staaten im kommenden Winter vor Hunger und Mitle bewahren werden. Die unvergleichliche Weltbedrohung habe während des ganzen Jahres angehalten und im letzten Winter und vor allem im Herbst infolge des europäischen Zusammenbruchs mehrere sehr ernste Krisen hervorgerufen. Die getroffenen Notmaßnahmen hätten jedoch die Vereinigten Staaten vor einem Wirtschaftszusammenbruch gerettet und seit Juli sei eine gewisse Wirtschaftsbesserung zu beobachten. Zur Wirtschaftsbesserung seien notwendig:

1. Eine drastische Kürzung der Verwaltungskosten.
2. Eine völlige Reorganisation des amerikanischen Bankensystems, dessen Unzulänglichkeit die Wirtschaftskrise wesentlich verschärft habe und
3. eine nachdrückliche offenherzige Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen zwecks Stabilisierung der Marktpreise durch Verbrauchsbeschränkung und Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens.

Hoover kündigte sodann in seiner Botschaft eine Kürzung des Haushalts um 880 Millionen Dollar an

und empfahl die Beibehaltung des im letzten Jahr eingeführten Systems des zwangsweisen unbegleiteten Urlaubs für die Regierungsbemittelten, was einer Fünftage-Woche gleichkomme, und empfahl, in eine Neuaufstellung dieses Systems aus den verbleibenden Mitteln etwas bessere Arbeitsverteilung. Ferner schloß Hoover eine meisters Gehaltskürzung bis zu 14,8 v. H. vor, sowie die Abschaffung unnötiger Kriegsteilnehmerbezüge. Der Krieg der am letzten Juli eingeführten Steuern habe entfallen.

Sodann behandelte Hoover die Kriegsschulden. Er haben den Schuldnern Amerikas mitgeteilt, daß er dem amerikanischen Kongreß Mittel und Wege empfehlen werde, um nötigenfalls zeitweilige Transferschwierigkeiten in Verbindung mit den Dezemberabzahlungen zu beheben. In diesem Zusammenhang kündigte Hoover eine Sopendbotschaft an.

*
Vorab sagt die Anerkennung Sowjet-Rußlands voraus
Washington, 6. Dezember.

Der bekannte Senator Borah stellt mit Genehmigung fest, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sich mehr und mehr der offiziellen Anerkennung Sowjet-Rußlands zuneigt. Der nächste Kongreß, so sagte Borah, werde der Anerkennung zustimmen.

Neues vom Tage

Italien hat schon wieder Pech

Wie bei an Bord des italienischen Dampfers „Conte di Savoia“ befindliche Feuer-Schiffchen, hat das Schiff etwa 800 Meilen vor Rombo keine Maschinen wegen eines Defektes an der Turbo-Generatoren-Anlage abstoppen müssen. Die „Conte di Savoia“, die sich auf der Jungfernfahrt befindet, wird nach Venedig zur notwendigen Reparaturen ihrer Motoren und vermindertem Geschwindigkeit fortgehen. Wie ermittelte, erlitt auch das Zerstörer-Schiff der „Conte di Savoia“, der „Rea“, auf seiner Jungfernfahrt einen Schaden, der zu einer mehrwöchigen Unterbrechung der Reise in Gibraltar führte.

In der Richtung des Gefängnisdirektors entsetzt

Ein Erzdilling des Gefängnisses von Wolfen, der zum Arrestanten in die Wohnung des Gefängnisdirektors abkommandiert war, bemachte einen Augenblick, in dem er nicht bemerkt wurde, um Mantel und Stuhl des Direktors auszugehen und in dieser Verleumdung das Gefängnis zu verlassen. Er hatte das Glück, außer dem Mantel noch einen 1000-Mark-Schein aus der Wohnung des Direktors entwinden zu können. Die Sache nach dem Findling wird ergebnislos.

Kein Zusammenhang mit der Trodenlegung der Züdersee

Wissenschaftliche geologische Kreise Hollands sind der Ansicht, daß zwischen der Trodenlegung der früheren Züdersee und dem letzten Erdbeben in Holland und Westdeutschland keinerlei Zusammenhang gesucht werden könne. Man weist darauf hin, daß dies schon deshalb nicht anzunehmen sei, weil erst ein sehr kleiner Teil der früheren Züdersee, nämlich das nur rund 20 000 Hektar umfassende sogenannte Wieringer Meer, wirklich trodengelegt ist. So legt auch der holländische Geologe Professor Dr. J. van Gans in einem im „Maasboer“ veröffentlichten Artikel Nachdruck auf die Feststellung, daß es geringfügige Veränderungen der Erdoberfläche, wie es bisher bei der Trodenlegung der früheren Züdersee infandekamen, zu klein seien, um auch nur den geringsten Einfluß auf die Gestaltung der Erdkruste ausüben zu können.

Ein neuer Gifttypus entdeckt

Bei der großen Bedeutung, die Pilze als Nahrungsmittel in ganz Deutschland besitzen, verdienen Vorgänge, die sich im Oktober dieses Jahres in Dortmund zugetragen haben, größtes Interesse. Es hat sich nämlich durch sorgfältige Untersuchungen der Mediziner und Botaniker jetzt herausgestellt, daß eine Reihe von Vergiftungen, die damals die Bevölkerung der Stadt Dortmund in Unruhe und Schrecken versetzten, auf einen Gifttypus zurückzuführen sind, der bisher in Deutschland gar nicht bekannt war. Es handelt sich um den sogenannten Porphyry-Pilz, der im Nord- und Westdeutschland weit verbreitet ist. Im Dortmund war er in einem Hofen von Milchpflanz entziffen, der mit Champignons und anderen essbaren Pilzen am Wochenmarkt verkauft worden war. Als plötzlich aus allen Teilen der Stadt Personen mit Vergiftungserscheinungen ins Städtische Krankenhaus eingeliefert wurden, glaubten die Ärzte zunächst, es mit Strupfvergiftungen zu tun zu haben; eine Nachricht, die um so mehr Schrecken erregte, als die Opfer aus den verschiedensten Stadtteilen

und allen Kreisen stammten. Erst später kam man darauf, daß giftige Pilze Schuld sein mußten. Den Untersuchungen von Prof. Dr. G. L. B. von am Botanischen Institut in Münster ist es zu verdanken, daß nachträglich noch der Porphyry-Pilz als der Erreger der Vergiftungen festgestellt werden konnte. Durch die Dortmund-Vorkommnisse wird wieder einmal deutlich, wie notwendig es ist, daß das Marktgeschäft in Pilzen sorgfältig kontrolliert wird. Nur dadurch kann vermieden werden, daß der Genuß dieser schmackhaften und billigen Speise frei von allen Gefahren gehalten werden kann.

Der Kunsthändler Wader, der beschuldigt wird, 30 gefälschte Gemälde in den Handel gebracht zu haben, wurde zu 1 Jahre 7 Monaten Gefängnis verurteilt.
Das Berliner Arbeitsgericht hat die Entlassungen bei der RSC. befristet.

Rechte Sportmeldungen

Tidengastspiel in Bremen

Einen Tag vor ihrer Rückfahrt über den großen Teich wird die Tidengastriebe noch in Bremen ein Gastspiel geben, und zwar werden Eiden, Barnes, Wacker, Wülken und Roman Klauß am 15. Dezember (Donnerstag) in der Bremer Tennishalle antreten.

Darrs Gains

Die „Gefahren“ des Sportjournalismus
Duell Redo Nabel wegen einer schlechten Kritik
Der bekannte italienische Journalist Adolfo Coronetti hatte vor einiger Zeit in einem Artikel des „Corriere della Sera“ den italienischen Sportbericht einer Kritik unterzogen, wobei er zu ziemlich abfälligen Urteilen gekommen war. Diese Kritik hat ihn außer einer harten Ermahnung des Sportjournalisten Redo Nabel, dem dreimaligen Olympiasieger und Profisportmeister, in der Turiner „Stampa“ eine Duellforderung auf schwere Säbel eingebracht. Das Duell wurde am Montag ausgetragen. Redo Nabel, der seinem Gegner bereits im ersten Gang einige schwere Streifer beibrachte hatte, machte ihn im zweiten Gang durch eine nicht schwere Bauchverletzung kampfunfähig. Es ist also möglich, wenn ein Redakteur seinen Mann hält.

Kälte v. Nagy beim Starthopf verfehlt

Die Filmschauspielerin Käthe v. Nagy ist bei der Eröffnung des fünften Kölner Schützengartens, als sie den Starthopf abgab, das Opfer eines bedauerlichen Unfalls geworden. Käthe v. Nagy hielt unvorsichtigerweise den Zeigefinger der rechten Hand so dicht an die Wundung der Pistole, daß sie sich dadurch selbst ansetzte. Das Falsch wurde ihr vom Zeigefinger bis auf die Knochen abgerissen. Der Bahnhofsbrücke der Künstlerin die erste Pflanze und nähte die Wunde. Käthe v. Nagy wurde in ein Krankenhaus übergeführt, wo sie heraufstellte, daß die Verletzung ernst war, als man zunächst angenommen hatte. Die Künstlerin mußte noch in der vergangenen Nacht von zwei Ärzten operiert werden. Es fand gleichzeitig eine Mut- und Fleischübertragung aus der Hüftengegend statt. Auch im Gesicht erlitt die Künstlerin Verletzungen.

Eine Predigt mit gutem Text

Der evangelische Gottesdienst zur Reichstagsöffnung

Berlin, 6. Dezember.

Zur Eröffnung des Reichstages fand heute mittags im Berliner Dom ein Gottesdienst statt. Neben Abgeordneten verschiedener Parteien (Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei, Christlich Sozialer Volksblock u. a.) sah man Vertreter der Reichsministerien und Staatsbehörden und der obersten kirchlichen Behörden. Pünktlich 12 Uhr erschien der Reichspräsident in Begleitung seines Staatssekretärs Dr. Meißner und wurde am Portal des Domes von Oberdomprediger Burghart und den Dompredigern D. Richter und D. Doehring empfangen und zu seinem Ehrenplatz vor dem Altar geleitet. Oberdomprediger Dr. Burghart las seine Predigt das Festwort zugrunde. „Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden, was ich lieber, als es brannte schon.“ Als der Reichspräsident den Dom verließ, wurde er von einer großen Menge lebhaft begrüßt.

Mandchuluo-Konferenz eröffnet

Chinas Forderungen

Genf, 6. Dezember.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Humans eröffnet worden. Die Verhandlungen wurden sofort mit einer ungewöhnlich scharfen Erklärung des chinesischen Gesandten Yen eröffnet. Japan wird darin aufgefordert, unverzüglich seine Truppen in die Eisenbahnzone zurückzuführen. Die mandchurische Regierung soll aufgelöst werden. Die chinesische Regierung sei, so sagte Yen weiter, bereit, einen letzten Versuch zu Vergleichsverhandlungen anzunehmen.

Mafuola-Japan verlas als Antwort auf die Ausführungen Yens eine schriftliche festgelegte Erklärung, in der er das Vorgehen Japans und die Anerkennung der Mandchurie durch die japanische Regierung damit begründet, daß die chinesische Regierung gegenwärtig vollständig machtlos sei und die Volksherrschaft Chinas drohe. Der Völkerbund müsse jetzt endlich den anarchischen Zuständen in China ein Ende machen.

Glösten zur Kulturgeschichte

Erbsenuppe macht Flug!

In einer nicht ganz alltäglichen Stelle wurde diese Weisheit bekanntgegeben, nämlich im Gerichtssaal, im Carobeschied-Prozess. Auf die Feststellung hin, daß der angeklagte Caro den Gerichtsvollzieher an die Luft gefügt habe, erkrankte Professor Masberg, daß dieser Umstand den Gerichtsvollzieher nicht gefährdet habe, dann gemühtlich seine Erbsen-Suppe zu essen, um dem gefassten Kultur-Strander, der einige Jurist mit dem schwarzen Salare erklärt den Getimmensmännern zu Folge mit erhabenem Zeigefinger: „Erbsenuppe macht Flug, Herr Kollege. Berücksichtigen Sie das bitte bei Ihrem heutigen Mittagsessen.“ Das war ironisch gemeint, aber letzten Endes hat der Jurist auch hier nicht unrecht. Man sollte gar nicht glauben, was ein Glas Erbsen-Suppe für die Gesundheit im Vergleich zu anderen Gemüsen eine Hilfe von Nutzen, die Aufbaumittel der Muskeln. Sie ist reich an Kohlenhydraten, Zucker und Stärke und enthält eine beträchtliche Menge Fett. Die Erbsen wirken in ihrer Reaktion auf den Körper als Kalium- und sind daher imstande, den säurebildenden Nahrungsmitteln, wie z. B. Fleisch und Eiern, entgegenzuwirken. Sie enthalten Eisen und Vit. A, B, C für die Gesundheit und Phosphor, der vor allem in als Aufbaumittel der Gehirnschubstanz in Frage kommt. Der Phosphorgehalt ist sogar gar nicht gering: 990 Milligramm in 100 Gramm Trockensubstanz. Zuvorsten hat der Herr Jurist mit seinem ironischen Worte nicht unrecht. Erbsen machen wirklich Flug. Das alte deutsche Aitenwörterlein: Erbsen, Reisfleisch und Sauerkraut ist ein ungenügend unrichtige Zusammenstellung, die sich naturgemäß technisch ausgezeichnet ergänzt. Das Fleisch ist nicht die Hauptsache, sondern das Beifolgende ist die kleine, gerade auch der ungesunden säurebildenden Wirkung des Fleisches entgegenwirkende Erbsen.

Fünf Mark für einen Palast

Ein Palast, das vierzehn Zimmer enthält und in einem großen Garten liegt, wurde dieser Tage in Claesgo veräußert und einer Frau zugestanden, die das einzige Gebot abgegeben hatte. Die Frau hatte fage und schrieb, fünf Mark geboten! Durch Zufall in das Auktionslokal geraten, hätte sie spärlicher das minimale Gebot gemacht, da aber feiner über ihr Gebot hinausging, wartete der Auktionator ein paar Minuten, dann fiel der Hammer, und das Palais wurde der einzigen Bieterin zugestanden. Aber wie alle Dinge, die auf den ersten Blick so verlockend scheinen, hat auch dieses Geschäft seine Schleierte. Das Haus, das den Erben des vor kurzem verstorbenen Baumwollindustriellen Coats gehörte, muß, um überhaupt in behelfbaren Zustand gebracht zu werden, von Grund aus renoviert werden. Außerdem ist es mit einer Syntheselast befallen, deren Verzinsung und Tilgung 1300 RM jährlich erfordern, abgesehen von den Steuern, die 300 RM betragen. Der Grund und Boden, auf dem die englischen Privathäuser stehen, ist nicht Eigentum der Bieterin, sondern dieser nur auf 99 Jahre mietweise überlassen. Daraus ergibt sich, daß die neue Eigentümerin sich heute in die Notwendigkeit verfaßt sieht, jährlich annähernd 1800 RM zu bezahlen, ohne daß sie darum ihren Palast bewohnen kann, wenn sie sich nicht überdies entschließt, noch ansehnliche Summen darauf zu verwenden, ihn in Ordnung bringen zu lassen.

Staatsstrafen auf dem Lumpenmarkt

Prächtige Karossen mit Königstranen an den Türen wurden dieser Tage auf dem Wabrier Lumpenmarkt verkauft. Es waren mehr als 60 Wagen aus den künftigen Ställen, die für ganz geringe Summen fortgingen. Den höchsten Preis von 100 Mark brachte ein herrlicher Landauer, mit bestem englischen Leder gepolstert. Keiner dieser Prachtwagen, die infolge der Niederrichtung der Märkte ausgetrieben wurden, fand einen Käufer unter der spanischen Aufsicht. Die meisten wurden von andaluskischen Weinhändlern erstanden, die darauf ihre Karren transportieren wollten. Zwei weitere von früheren Zierwagen angekauft. Das vornehmste war ein vierer, wofür eine Karosse auter werden, die dem Bischof von Sevilla bei feierlichen Gelegenheiten Dienste leisten soll.

Die Fraktion der technischen Arbeitsgemeinschaft, die sich aus elf Parteiparteien (unter fünf Christlich Sozialen und einem Deutsch-Sowjetischen) zusammenschloß, ist nunmehr vergrößert worden durch den Beitritt der drei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei.

2. Beilage

zu Nr. 334 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, dem 7. Dezember 1932

Der Etat vom Stadtrat abgelehnt, ebenso die Bürgersteuer

Die Zinszahlungen werden gedrosselt — Der Flugplatz wird durch Wohlfahrtserwerbslose gebaut

Der Stadtrat erledigte gestern abend in vierstündiger Sitzung, die von 6.30 bis 10.30 Uhr dauerte, eine umfangreiche Tagesordnung. Die Kommunisten versuchten, die Oberbürgermeisterfrage anzuschneiden. Da die Dringlichkeit ihrer Anträge aber verneint wurde, hatten sie damit kein Glück. Der Geschäftsausschuss ist mit den Vorbereitungen noch nicht fertig geworden, und deshalb wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis in dieser Angelegenheit das entscheidende Wort gesprochen wird. Die Geschäfte werden von Stadtrat Dr. Hübert geführt, der seiner Zeit zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters bestimmt worden ist. Es handelt sich im Geschäftsausschuss zunächst noch Klärung einiger Vorfragen darum, ob die Stelle ausgeschrieben werden soll oder ob man sofort zur Wahl schreiben will. Nach dem jetzigen Stand der Dinge scheint Meinung dafür vorhanden zu sein, den Posten öffentlich auszuscheiden.

Unter den Beratungsgegenständen, mit denen sich der Stadtrat beschäftigte, war eine ganze Anzahl von untergeordneter Bedeutung. Größeres Interesse beanspruchte zunächst die Eingabe des Mittelstandes auf Anrechnung des Gemeindefortschritts der Steuer vom bebauten Grundbesitz für Hausreparaturen. Es bestand große Neigung, den Hausbesitzern entgegenzukommen, doch ließ sich die finanzielle Auswirkung nicht übersehen, und es tauchten auch andere Fragen auf. Zunächst soll Fühlung mit dem Ministerium genommen werden, und dann wird sich der Finanzausschuss wieder mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Flugplatz auf der Alexanderheide wird gebaut. Die Linie wollte der Vorlage nur zustimmen, wenn die Arbeiten zum Tariflohn ausgeführt werden. Es wurde aber nachgegeben, daß unter diesen Umständen die Verwirklichung des Plans unmöglich sei. Deshalb stimmte die Mehrheit des Stadtrats dem Antrag zu, daß die Arbeiten reiflos durch Wohlfahrtserwerbslose ausgeführt werden.

Die Not der Erwerbslosen nahm in den Beratungen einen breiten Raum ein. Daß das der Fall sein würde, war schon vor der Sitzung auf den Zugangskarten zum Rathaus erkennbar. An zahlreichen Stellen bildeten sich Gruppen von Erwerbslosen, die die Dinge eifrig diskutierten. Die Ordnungspolizei verhinderte aber schließlich Menschenansammlungen, und das Rathaus wurde von mehreren Beamten der Ordnungspolizei bewacht, so daß

nicht mehr Zuhören Einlass gewährt wurde, als die Tribüne zu füllen vermag. Ein paarmal hörte man im Sitzungssaal Ausrufe eines Sprechers vom Marktplatz her, wie „Rot-Front!“, „Wir haben Hunger!“ usw., die aber bald verstummten. Als die kommunistischen Vertreter zu den Erwerbslosen-Anträgen sprachen, wurden Zustimmungsaussagen von der Tribüne laut, die sich der Vorsitzende, Dr. Brand, zunächst verbat, und als sich die Störung wiederholte, ließ er die Tribüne räumen.

Der Stadtrat lehnte die Bürgersteuer und den Etat ab. Damit ist praktisch nicht viel gewonnen. Es wird nun Sache des Magistrats sein, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, und wenn er nicht zum Ziel kommt, wird die Ernennung eines Staatskommissars notwendig. Doch wird man es dazu wohl nicht kommen lassen. Bei der Erörterung kam nun noch auf die Brücke an der Herbarstraße zu sprechen, die eine deutsche Sprache für die Finanznot spräche. Niemand weiß, woher der Betrag für einen Neubau genommen werden soll. Nun kam auch noch der Einfluß der Kaimauer am Stau hinzu. Man wird wahrscheinlich den ganzen Teil des Staubens zuhätten. Schon deshalb, weil das am wertigsten Kosten erfordert. Das Stadtbauamt ist mit der Ausarbeitung der Pläne beschäftigt, und es wird eine der dringlichsten Aufgaben des Stadtrats sein, darüber zu entscheiden, was aus dem Stau werden soll. Lieberwiegend wirkte ein Antrag der Nationalsozialisten, wonach die

Zinszahlungen der Stadt an Darlehensgläubiger (Darlehen jeglicher Art) von Kapitalien von insgesamt über 75 000 RM so lange eingestrichelt werden solle, bis die Deckung eines ausgeglichenen Etats gesichert erscheint. Es wurde in Verbindung hiermit ausdrücklich betont, daß die Gehaltszahlungen und die Wohlfahrtsunterstützungen usw. nicht gefährdet sind. Es handelt sich um den erwähnten Antrag, der angenommen wurde, um eine Vorbeugungsmaßnahme.

Im großen ganzen nahm die Sitzung einen ruhigen Verlauf. Ein paarmal flammte wohl die Gegnerschaft zwischen Links und Rechts auf, aber dem Vorsitzenden gelang es sehr bald, die Diskussion wieder auf das sachliche Gebiet zu führen. Ein Ordnungsruf wurde erteilt, und zwar erteilt ihn ein Parteifreund des Vorsitzenden, der ernstlich bemüht ist, die Verhandlungen unparteiisch zu führen.

Der Sitzungsbericht

Der Vorsitzende Dr. Brand eröffnet die Sitzung. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters Stadtrat Dr. Hübert verpflichtet das Ersitzungsglied Strothoff auf die Gemeindeordnung.

St.-M. Stellmann (K.) stellt namens seiner Fraktion den Antrag, dem Oberbürgermeister Dr. Goerlich sein Ruhegehalt zu bewilligen. Weiter will er die Wahl des neuen Oberbürgermeisters durch die gesamte Bevölkerung vorsehen lassen.

Die Dringlichkeit des Antrags wird nicht unterfüßt. Er wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Der Magistrat beantragt, daß im Rechnungsjahr 1932/33 die Müllabfuhrgebühren in Oldenburg und Bürgerfelde

zu den gleichen Sätzen, wie im Vorjahr, nämlich in Höhe von 4 RM für jeden Haushalt, erhoben werden.

St.-M. Damm (Soz.) wünschte Herabsetzung der Gebührensätze. — St.-M. Albers (Soz.) spricht sich in demselben Sinne aus, ebenso St.-M. Wittie (Dem.).

Stadtrat Dr. Hübert jagt zu, daß bei Erhebung der Gebühren Härten vermieden werden sollen. Im nächsten Jahre sollen sie so festgesetzt werden, daß sie den Selbstkosten entsprechen.

An der Debatte beteiligen sich weiter die St.-M. Meher, Metasch, Herzog, Zimmermann.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Sätze um 25 Prozent zu kürzen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Der Magistratsantrag wird angenommen, und zwar mit einem Zusatzantrag Herzog (NS), wonach Härten vermieden werden sollen.

Es werden verschiedene Geländeverkaufs- bzw. -Austauschvorlagen erledigt. So stimmt der Stadtrat in 1. Veräußerung eines Geländeaustausch mit der Neuen Deutschen Arbeitsbank, Hannover, an der Einmündung der projektierten verlängerten Wilhelmsstraße zwecks besserer Ausnutzung zu, ebenso dem Verkauf von 1933 3/4 Hektar unfruchtbareren Geländes am Springweg an den Dampfmaschinenführer und Landarbeiter Mühlenbrod, dem Erwerb von 0,25 Quadratmeter des Grundstücks Oppermann, Feuer-Chaussee-Ecke Schützenweg, zur Verhinderung weiterer Verkehrsunfälle an dieser Ecke, ferner dem Verkauf von 70 Quadratmeter Wegegelände der Weicher-Straße an die Geschwister Fajst. Weiter genehmigt der Stadtrat den Verkauf von 24 Quadratmeter Gelände am Gasweg am Tischler Fr. Schröder, die Abtrennung von Gelände am Springweg an die Paarenackerstraße zwecks Verbreiterung der Paaren, eine Veränderung des Bebauungsplans betr. Einmündung der Wilhelms in die Günterstraße, die Übernahme einer Darlehensforderung betreffend Grundstück Golenstraße 10,

für die Firma Gebr. Meyer wird als Wäger für die öffentliche Fuhrwerksmaße Buchhalter Fr. Heise bestellt.

Der Gesamtschadtrat beschließt ferner die Aufnahme eines Reichsarbeitslohn von 3450 RM zur Schaffung von 46 Kleingärten für Erwerbslose und die Übernahme der Bürgerschaft für die Tilgungsbeiträge gegenüber dem Reich.

Für jeden Stadteil sind dem Amt Oldenburg vom Gesamtschadtrat vier Personen als Gemeindevorsteher

bzw. als Ersatzeinwohner in Vorschlag zu bringen. Für den Stadteil Oldenburg werden die bisherigen Herren wieder in Vorschlag gebracht, nämlich: 1. Kemner D. A. Willers, 2. Zimmermeister Eduard Barfels, 3. Zimmermeister Gerhard Uken, 4. Kaufmann Ritter.

Für den Stadteil Oldenburg werden in Vorschlag gebracht: Zimmermeister Gustav Fröhling, Landwirt Wragge, Tischlermeister Kassel, Landwirt Stuh.

Für Eversien werden vorgeschlagen die Herren Mohrman, Mehrens, Pophanken, Lehmkühl.

Für den Sparfassenvorstand

St.-M. Bod (Arb.-Gem.) wünscht Neuwahl des ganzen Sparfassenvorstandes. Deshalb wird der Punkt abgelehnt.

Ersatzwahlen für die Ausschüsse.

Für die verschiedenen Stadtratssitzungen vom Dieck, Dr. Koch und Wellhausen waren in verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen Ersatzmitglieder zu wählen. Für ersteren wurde gewählt St.-M. Niescher (Sozial), Koch Frau Dr. Gramberg (Arb.-Gem.), für Herrn Wellhausen St.-M. Gramberg (Wirtschaftl. Vgg.).

Ruhegeld wurde bewilligt für die Witwe eines verstorbenen Theaterregisseurs, sowie für den ausgeschiedenen Reichsbevollmächtigten Ahlers.

Die Festschließung der Rechnung des Landes-Theaters für 1931/32 wird beauftragt genehmigt.

In den Ausschuss des Zweckverbandes für das Jagdgebiet des Oldenburger veredelten Landschaftsweines wird Landwirt Dietrich Dantke, Zweckbale, als Mitglied und Landwirt Bernhard Niemann, Zweckbale, als Ersatzmann wiedergewählt.

Die Ziegenbockstörungsordnung für die Amtsverbände Amt Oldenburg und Stadtgemeinde Oldenburg soll die durch die Eingemündung von Oldenburg und Eversien erforderliche Änderung erfahren.

Schaffung eines Flugplatzes auf der Alexanderheide

Die „Nachrichten“ haben in der Sonntagsnummer über die Angelegenheit berichtet. Der Magistratsantrag lautet:

Der Gesamtschadtrat wolle für die Errichtung eines Flugplatzes 2. Ordnung (ohne Einziehbauung und Gebäude) auf der Alexanderheide 1600 RM unter der Bedingung bewilligen, daß der Landesluftfahrtverein sofort einen Kosteneintrag von 3500 RM leistet.

St.-M. Albers (Z.) ist mit dem Antrag nur einverstanden, wenn bei den Arbeiten Tariflöhne bezahlt werden. — St.-M. Stellmann (K.) ist gegen die Vorlage, weil keine Garantie gegeben ist, daß dori Tariflöhne bezahlt werden. — St.-M. Damm (Z.) will der Vorlage nur zustimmen, wenn Tariflöhne bezahlt werden.

Stadtrat Dr. Hübert betont, daß die Arbeiten nur als Notstandsarbeiten durchgeführt werden können. Wenn das nicht geschieht, kann von der Verwirklichung des ganzen Projektes nichts werden.

Es kommt zu einem Wortgefecht zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten werfen den Nationalsozialisten vor, daß sie keine Tariflöhne zahlen wollen. Namens der Nationalsozialisten erwidert St.-M. Diefelmann, daß die Sozialdemokraten Katastrophepolitik betrieben hätten und schuld daran seien, daß kein Geld in der Kasse sei, z. B. durch den Verkauf des G-Werts. — St.-M. Heitmann (Z.) erwidert, seine Partei habe nie die Mehrheit im Stadtrat gehabt. — So geht es noch eine Weile weiter. Es kommt zu einem Ordnungsruf für St.-M. Herzog. Schließlich wird dem Wortgefecht durch einen Schlußantrag ein Ende bereitet. Der Magistratsantrag wird angenommen; ein abweichender sozialdemokratischer Antrag in bezug auf Zahlung von Tariflöhnen abgelehnt.

Kanalisation für die Reichswebereiwerke in Donnersthor

Die „Nachrichten“ berichteten bereits über diese Vorlage. Der Gesamtschadtrat stimmt dem Abschluß des Vertrages zwischen dem Reichs-Weberei-Werk und der Stadtgemeinde Oldenburg vom 2. August 1932 betreffend Herstellung einer Kanalisation für die Donnersthorer Werke zu und beschließt, daß im Falle der Fertigstellung des Reichszufusses von 50 Prozent der Kosten, die städtisch bereitzustellenden restlichen 50 Prozent bis zu rund 56 190 Reichsmark in den städtischen Haushaltsplan für 1933/34 eingestrichelt werden.

St.-M. Stellmann (K.) lehnt den Antrag solange ab, bis die Kanalisation in Oldenburg gebaut worden ist. Der Antrag wird angenommen.

Anrechnung des Gemeindefortschritts der Steuer vom bebauten Grundbesitz für Hausreparaturen

Die Arbeitsgemeinschaft des Oldenburgerischen Mittelstandes und die Handwerkerkammer hatten Eingaben an den Magistrat gerichtet betreffend Anrechnung des Gemeindefortschritts der Steuer vom bebauten Grundbesitz auf Hausreparaturen. Die Stadt würde ebenso wie der Staat verfahren, wenn sie die betreffenden Steuerzahler 50 v. H. der Steuer erlassen, wenn sie die Erteilung eines entsprechenden Auftrags an Handwerker nachweisen (gleiches ihm ausführen lassen und zu einem gewissen Termin besaßen), der doppelt so hoch ist wie der erlassene Steuerbetrag.

Der Antrag lautet: Die Arbeitsgemeinschaft des Oldenburgerischen Mittelstandes hat im Sommer 1932 beantragt, einen Teil der Hausinspektoren auf die Kosten für Hausreparaturen anzurechnen, wie es der Staat bereits vorher für die Oltoberrate verordnet hatte. Dieser Antrag soll vom Finanzamt nicht bewilligt werden. Die Entscheidung des Stadtrats muß heute erfolgen.

Im Namen des von uns vertretenen Mittelstandes bitten wir nochmals dringend, dem Antrage stattzugeben. Das Kernproblem der ganzen Wirtschaft und Finanznot ist die Beschäftigung der Arbeitslosigkeit. Der von der Staatsregierung beschrittene Weg hat sich aber bereits als ein geeignetes Mittel für die Arbeitsbeschaffung erwiesen. In dieser Erkenntnis sind eine ganze Anzahl Oldenburgerischer Gemeinden dem Beispiel der Staatsregierung gefolgt. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn Oldenburg als einzige Stadtgemeinde kein fiskalisches Interesse über die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung stellen sollte. Durch die Vorberlegung der Falligkeitstermine für sämtliche auf dem Hausbesitz lastenden Steuern hat die Stadt Oldenburg gerade jetzt erhebliche Mehreinnahmen erzielt. Wenn für die städtische Hausinspektoren die gleiche Regelung erfolgt wie für die Oltoberrate der Staatssteuer, so würde das noch nicht die Hälfte dieser Mehreinnahmen erfordern.

Arbeitsgemeinschaft des Oldenburgerischen Mittelstandes: Landesverband der Oldenburgerischen Landesverband Oldenburgerischer Haus- u. Grundbesitzervereine e. V. Einzelhandels- u. gew. Unternehm. Landesverband Oldenburgerischer Gewerbevereine, Landesverband Oldenburg e. V. Wiederbeschäftiger Gewerbeverein, Wirtschaftl. Landesverband Oldenburg e. V. Landesverband Oldenburg e. V. gew. Unternehm. Landesverband Oldenburg e. V. gew. Unternehm.

Stadtrat Dr. Hübert erläutert, weshalb es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt leider nicht möglich ist, den Wünschen der Rezenten zu entsprechen, so gern die Stadt den Handwerkern entgegenkommen möchte.

St.-M. Gramberg (Wirtschaftl. Vgg.) befristet die Eingaben, da sie der Arbeitsbeschaffung dienen sollen.

St.-M. Metasch (DN.) meint, die Vorlage komme zu spät, weil die Anträge der Hauseigentümer auf Anrechnung

Das Heim wird heimischer durch selbstgeerntete Runkelrüb- und Stickerbittern. Mundlos ist dafür die geeignete Runkelrüb- und Stickerbittern jetzt fast ohne Kaufswagen. Oldenburg, Lange Straße 73.

der staatlichen Hauszinssteuer bereits bis Ende September 1932 gestellt sein müssten. Die entsprechenden Anträge an das Landwehr sind gleichfalls längst erledigt. Eine Erhöhung der Steuer seitens der Stadt auf diese schon vorgenommenen Zinsaufschlagarbeiten würde aber dem Sinne der Vereinbarung der Staatsregierung nicht entsprechen, weil ja durch die Ermäßigung ein Anreiz auf die Vornahme von Zinsaufschlagarbeiten ausgeübt werden sollte. Wir sind aber grundsätzlich für den Antrag zu haben, wenn hierdurch neue Arbeitsmöglichkeiten für das Landwehr geschaffen werden, d. h. wir sind bereit, von Seiten der Stadt auf denselben Teil der Steuer, wie der Staat, zu verzichten, wenn von den Hauseigentümern ausgeführt werden. Eine solche Regelung wäre um so mehr zu begrüßen, als viele Hauseigentümer einen Zuschuß aus dem 50-Millionen-Fonds des Reichs nicht erhalten können, weil hierzu eine Sanftandienung von mindestens 250 RM vorgeschrieben ist und sehr oft die restlichen Mittel fehlen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Magistrat bitten — sofern noch nicht geschehen — sich dafür einzusetzen, daß aus dem 50-Millionen-Fonds auch kleinere Zinsaufschlagarbeiten von unter 250 RM berücksichtigt werden können. Mittel für diesen Zweck sollen noch zur Verfügung stehen.

Stadtrat Dr. Hübertt legt auseinander, daß man mit einer Einbuße von 600 000 RM rechnen müsse, wenn dem Antrag entsprochen werde. Eine solche Einbuße könne die Stadt aber nicht tragen, schon in Rücksicht auf die Gehaltszahlungen und die Wohlfahrtsunterstützungen.

St. M. Herzog (N.S.) weist darauf hin, daß trotz der 500prozentigen Bürgersteuer noch ein Defizit verbleiben wird.

St. M. Niemeyer (Z.) glaubt nicht, daß eine so große Anzahl von Hausbesitzern von dem Recht Gebrauch machen wird. Deshalb dürfte die Summe von 600 000 RM zu hoch gegriffen sein.

Auf Antrag des St. M. Herzog (N.S.) wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Es soll zunächst mit dem Ministerium verhandelt werden.

Zelfhebung der Bürgersteuer für 1933

Die „Nachrichten“ teilen bereits mit, daß der Stadtmagistrat infolge der finanziellen Zwangslage der Stadt und um die Wohlfahrtskasse des Reichs zu sichern, für 1933 eine Erhebung von 500 Prozent Bürgersteuer für notwendig hält.

St. M. Herzog (N.S.) gibt folgende Erklärung ab: Zum Kapitel Bürgersteuer will ich auf den ganzen Steuerfiskus eingehen, um unsere Ablehnung zu begründen. Mit der Durchföhrung der Erbschaftsteuerreform wurde tatsächlich den Gemeinden das Selbstverwaltungsrecht genommen. Man hat dieses, um reichsweitig durch die neuen Einkommenssteuern aller Grade Mittel für die Tribulationen zu bekommen. Man versprach den Gemeinden durch den sogenannten Finanzausgleich genügend Rücküberweisungen von Jahr zu Jahr immer mehr. Das ist für das Reich eine glänzende Rechnung und bedeutet für die Gemeinden eine immer härtere Steuerbelastung der Gemeindeglieder durch die von Reich vorordneten neuen Steuern, wie Bürgersteuer und Wohnraumsteuer. Wir sehen, daß durch diese noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen und deren noch so hohe Ausnutzung das vorausgeschlagsmäßige Defizit des Haushaltes planlos bei weitem nicht mehr gedeckt werden kann. Auf der anderen Seite sehen wir im Etat aber immer noch eine Zinsbelastung von rund einer Million RM. Wenn die Höhe der Zinslast auch noch im Verhältnis zur Höhe der Wohlfahrtskassen zurückgerechnet ist, so ist sie aber immer noch so hoch, daß es kein Mensch von uns verlangen kann, daß die Bürgersteuer zuzukommen. Wir lehnen die Erhebung der Bürgersteuer, schon aus sozialen Gründen ab und stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag

Der Gesamtsrat wolle beschließen: Die Zinszahlungen der Stadt an Darlehensgläubiger (Darlehen jeglicher Art) von Kapitalien von insgesamt über 75000 RM werden wegen der angeplanten Kassenlage solange eingestell, bis die Deckung eines ausgeglichenen Etats gesichert erscheint. Der Stadtrat erwartet von der Regierung einen weitestgehenden Vollstreckungsstopp.

W e g r ü n d u n g: Die Kassenlage der Stadt ist so angeplant, daß dringende Gefahr besteht, daß die Stadt ihren Verpflichtungen gegenüber der Wohlfahrtskassen, Beamten, Lehrern und Angestellten nicht mehr nachkommen kann. Unter diesen Umständen müssen Großkreditgeber von Kapitalien wegen ihrer Zinsansprüche hinter anderen Gläubigern zurücktreten, zumal die ausbezahlenden Zinsen in einem unnormalen Verhältnis zu den Zinsfüßen der Borkriegszeit standen bzw. stehen.

St. M. Metasch (N.) lehnt die Bürgersteuer ab. Man habe seinerzeit geglaubt, dadurch die Realsteuer entlasten zu können. Dies ist nicht eingetreten.

St. M. Niemeyer (Staatl.) lehnt die Bürgersteuer ebenfalls ab, aber auch den Antrag auf Einstellung der Zinszahlungen. Das würde den Konkurs der Stadt bedeuten.

St. M. Strellmann (Kom.) lehnt die Bürgersteuer ebenfalls ab, da sie eine der unpopulärsten Steuern sei, die es gäbe.

Stadtrat Dr. Hübertt weist darauf hin, daß von der Steuer die Reichsbekanntnisse für die Wohlfahrt abhängen, und diese können wir einfach nicht entbehren. Er warnt davor, den Antrag auf Einstellung der Zinszahlung zu stellen, denn das würde der Pleite gleichkommen. Die Frage müßte im Magistrat geprüft werden. Genauso sei es Sache des Finanzauschusses, die Dinge gründlich durchzuprüfen.

St. M. Herzog (N.S.) ist der Meinung, daß es gar nichts zu verheimlichen gäbe. Die Stadt trage eine Zinslast von 900 000 bis eine Million RM im Jahr. Man zahle in einigen Fällen noch über 8 Prozent. Es sei früher verantwortungslos gehandelt worden.

St. M. Bod (Z.) behauptet, daß die Anträge nicht schon im Finanzauschuß gestellt worden sind. Dort habe man die Dinge prüfen können. Durch einen solchen Antrag plamiere sich die Stadt selbst. Wenn man die Bürgersteuer und den Etat ablehne, erreiche man damit gar nichts. Dann werde der Etat durch den Staat verfallt, und der Stadtrat schaffe sich aus.

St. M. Metasch (N.) bittet dringend, den Antrag wegen Einstellung der Zinszahlung im Finanzauschuß durchzuberaten, schon deshalb, weil man im Augenblick die Folgen gar nicht übersehen könne.

Stadtrat Dr. Hübertt hält eine Beschlußfassung für überflüssig. Der Magistrat werde schon von sich aus nur das tun, was er verantworten könne. In erster Linie müßten die Verpflichtungen der Alimenten- und Wohlfahrtskassenempfänger, den Rentnern und den Gehaltsempfängern gegenüber erfüllt werden.

St. M. Bod (Z.) meint, der Kredit der Stadt könne gar nicht mehr gefährdet werden, da man ja doch nichts mehr erhalte. Er weist darauf hin, daß die Brücke an der Herbartstraße nicht einmal gebaut werden kann.

St. M. Herzog betont, es handle sich bei dem Antrag um eine Verdrängung von 600 000 RM, um die Garantie zu haben, daß man über die nächsten Monate hinwegkomme. Wie will man den Staat in Ordnung bringen? Es sei nicht so, daß im Augenblick die Gehaltszahlungen gefährdet seien.

St. M. Zimmermann (N.) fordert die Nationalsozialisten auf, nun doch tatsächlich zur Brechung der Zinslastigkeit überzugehen.

Der Antrag auf Erhebung von 500 Prozent Bürgersteuer wird abgelehnt. Es stimmen nur drei Stadtratsmitglieder dafür.

Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen, auch die Sozialdemokraten stimmen dafür.

Nach einer kurzen Pause kommt es zu persönlichen Erklärungen zwischen Magistratsmitgliedern. Ratsherr Vertmann betont, daß die nationalsozialistischen Magistratsmitglieder seinerzeit aus dem Magistrat gegangen seien, weil der Oberbürgermeister ohne ihren Beisitz die Magistrats die Rückzahlung von 150 000 RM an die G.G.S. vorgenommen hat.

Ratsherr Liemann stellt demgegenüber fest, der Oberbürgermeister habe im Laufe des Jahres mitgeteilt, daß diese Rückzahlung geleistet werden müsse, und zwar solle das in Teilzahlungen geschehen. Zuerst sei von seiner Seite im Magistrat protestiert worden.

Ratsherr Vertmann sagt, sein Vorkredner habe selbst betont, der Oberbürgermeister hätte einen Beschluß im Magistrat herbeiführen müssen.

Ratsherr Liemann erwidert, bis dahin seien solche Zahlungen immer ohne Beschluß, allein durch den Finanzbeamten, vorgenommen worden. Stadtrat Dr. Hübertt erklärt gegenüber einer Anfrage von St. M. Thordar (Staatl.), daß ihm jetzt nach dem Auscheiden von Oberbürgermeister Dr. Goerlich die Regelung der Finanzgeschäfte obliege; deshalb habe er im Magistrat die Lage vorgetragen und werde dort entsprechende Beschlüsse herbeiführen. Er denke aber nicht daran, dem Herrn Oberbürgermeister irgendeinen Vorwurf zu machen. Die Einstellung der Zinszahlungen gegenüber der Girozentrale, wovon vorher in der Sitzung die Rede war, sei bereits im Juli erfolgt.

Weihnachtsbeiträgen usw.

hatten die sozialdemokratische sowohl wie die kommunistische Stadtratsfraktion und der Erwerbslosen Ausschuß Anträge eingereicht, ersterer datiert vom 21. November und fordert Beitritten und Unterstützungen für die notleidende Bevölkerung zu Weihnachten. Die sechs verschiedenen kommunistischen Anträge betreffen die Benutzung der öffentlichen Badeanstalt für Kinderbenützte, Bauarbeiten in Elternburg, Herabsetzung der Zinsen für Neubauten u. a. m., und die sozialdemokratische Fraktion hatte dazu verschiedene Verbesserungsanträge gestellt. Die Angelegenheiten sind im Finanzauschuß durchberaten. Die Anträge werden nach kurzer Aussprache den zuständigen Ausschüssen zur schleunigen Behandlung überwiesen.

Zu der Notiz der Neuhausbeilage äußert sich in diesem Zusammenhang Stadtrat Dr. Hübertt. Es soll verhandelt werden, in einzelnen Fällen, die beim Magistrat geprüft werden können wie bei den Versicherungsschüssen, Vergütigungen bei den Selbstgebern zu erwirken.

Die Eingaben des Erwerbslosen Ausschusses vom Oktober werden von St. M. Zimmermann (N.) eingehender beantwortet; die Forderungen seien sehr bescheiden. Die Not der Erwerbslosen sei groß. Man werde nicht dulden, daß die Erwerbslosen infolge Summens jurunde gehen. Man werde dafür andere Kreise bereitstellen. (Zurufe von der Tribüne. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die

Die Etatberatungen

Stadtrat Dr. Hübertt machte folgende Ausführungen zum Etat:

Es ist Ihnen allen bekannt, daß es in heutiger Zeit schwerer Wirtschaftskrisis für jede größere Stadt und so auch für die Stadt Oldenburg fast ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen zuverlässigen Haushaltsplan aufzustellen, da ein einigermaßen festes Rechnen mit den Ueberweisungen und den Reichs- und Landeszuschüssen nicht möglich ist. Das ist auch der Grund für die erst heute erfolgende Beratung. Es haben sich mehrfach Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs als nötig erwiesen, um den Etat jedesmal dem neuesten Stande der Verhältnisse anzupassen. Selbst noch in heutiger Sitzung bin ich gezwungen, einige Veränderungen, die eintreten werden, mitzuteilen. Zunächst ist die auf Grund der heute veröffentlichten Verordnung des Staatsministeriums, betreffend die

Senkung der Gewerbesteuer,

erfolgte genaue Nachrechnung ergeben, daß bei der Gewerbesteuer eine Mindereinnahme von rund 80 000 RM gegenüber dem Etatsantrag eintreten wird. Andererseits wird durch die am 2. d. M. veröffentlichte Verordnung des Staatsministeriums über die Hinausschiebung der Gehaltszahlungen beim Personalstat die Verringerung der Ausgaben um 110 000 RM, gleich zwei Drittel einer Monatszahlung, erzielt werden. Wir haben hiernach also mit einem

Defizit von rund 600 000 RM

zu rechnen. Man wird heute immerhin sagen können, daß größere Ueberreicherungen bis zum Ende des Etatsjahres nun kaum noch zu erwarten sind.

Unter Berücksichtigung der soeben genannten Veränderungen ergibt sich heute das Bild, daß

einem Ausgabebetrag von insgesamt 7 967 655 RM ein Einnahmebetrag von 7 366 974 RM gegenübersteht.

Um nun zunächst die Einnahmequelle zu freieren, so ist hervorzuheben, daß der Einnahmestück des diesjährigen Steuerertrags, der wesentlichen Einnahmequelle der Stadt, im Vergleich zu dem Etat des Vorjahres von

3 949 600 RM auf 3 487 000 RM, also um 462 600 RM zurückgegangen ist. Hierbei sind die 80 000 RM Mindereinnahme bei der diesjährigen Gewerbesteuer und die tatsächliche vorjährige Mehreinnahme von 191 650 RM aus der Notbürgersteuer und der Wohnungsumzugssteuer, die im Etat nicht vorgesehen war, nicht mit berücksichtigt worden.

Die Einkommensteuer, die 1930/31 noch 1 390 399 RM erbracht hat, konnte jetzt nur mehr mit 575 000 RM und die Körperschaftsteuer, die 1930/31 noch 129 700 RM erbracht hat, nur mehr mit 24 000 RM angelegt werden. Der Ertrag der Biersteuer ist mit 250 000 RM gegenüber 320 000 RM im Vorjahre angenommen worden, da die Steuerföhrung herabgesetzt ist. Die Bürgersteuer wird wesentlich weniger erbringen. Einflüßlich der nachträglich erhobenen Notbürgersteuer ist der

Gesamtetat der Steuer in 1931/32 auf 3 600 000 RM veranschlagt worden. Für den Veranschlag 1932/33 ist mit einem Steuerertrag von 280 000 RM unter der Voraussetzung der Erhebung des fünfstufigen Landesabgäbe, die zur Erreichung der Reichszuschüsse für die Wohlfahrtskassen als Mehreinnahme in Frage kommt, gerechnet worden. Bei der Abnung des Haushaltsplans ist dem Staatsministerium als veranschlagter Steuerertrag für 1932/33 eingeleitet und von deren Aufkommen zwei Drittel die Gemeinden und ein Drittel der Staat erhalten sollen, sind 100 000 RM als Einnahme für die Stadt vorgesehen. Da mit einem Gesamtaufkommen im Lande von 900 000 RM gerechnet wird, erscheint der für die Stadt Oldenburg angenommene Satz sicher nicht als zu hoch gegriffen. Genauso ist der Betrag für Zuwendungen aus dem Ausgleichsstat einflüßlich der Schlichtsteuer mit 250 000 RM nicht zu hoch angelegt worden. Wäher sind allerdings nur ganz geringe Beträge aus dem Ausgleichsstat der Stadt zugeführt worden. Es erscheint daher nicht dem Ministerium die Vorlage der Stadt in bringender Form vor Augen zu führen. Zu bemerken ist, daß weder bei der Schlichtsteuer noch bei der Wohnungsumzugssteuer für den Verteilungsschlüssel des Landes das drückte Aufkommen

Zuhörer hier zu Gasse sind und sich aller Versicherungen zu enthalten haben.) Als erneute Störungen kamen, läßt der Vorsitzende die Tribüne räumen.

St. M. Diederichmann (N.S.) weist darauf hin, daß die Kommunisten in Flugblättern darauf hinweisen, daß in Aussicht ein Mangel an Arbeitskräften bestehe. Dann sei es doch unverantwortlich, daß die Arbeiter hier hungern. Sie sollten dann doch nach Rußland gehen.

St. M. Zimmermann (Kom.) wünscht, daß die Erwerbslosen gegen Krankheit versichert werden. Er verlangt weiter Milch für die Kinder der Erwerbslosen in den Schulen. Redner erwidert Herrn Diederichmann, die kommunikativen Arbeiter blieben hier, um die Revolution zu organisieren und dann Hand in Hand mit Sowjet-Rußland bessere Verhältnisse zu schaffen.

St. M. Wiers (Z.) setzt sich weiter ausführlich und warm für die Weihnachtsgeldbeschlüsse, die in bar zu zahlen seien, und die allgemeine Forderung für die notleidenden Erwerbslosen ein. Er schildert im einzelnen die Verhältnisse bei den in Betracht kommenden Familien.

Dr. Hübertt beantragt, daß es ausgeflüßlich ist, über die von der Wohlfahrtskommission und dem Finanzauschuß vorgelegenen Beschlüssen zum Weihnachtsgeld hinaus etwas zu tun. Das Wichtige und irgends Mögliche gelte ohnehin durch gründliche Bearbeitung in den Ausschüssen. Von den sozialdemokratischen Anträgen:

1. auf Wiederherstellung der Wohlfahrtsunterstützungsstufe wie 1931/32 (also Rückgängigmachung der 15prozentigen Kürzung),
2. auf Weihnachtsgeldbeiträge an alle Erwerbslose, und zwar in bar,
3. auf eine besondere Feuerungszulage für die kalte Jahreszeit, und einen Zuschuß an die Notleidenden für Schutzheng und Kleidung

wird der letztere angenommen; die beiden ersteren werden abgelehnt.

Die Anträge des Erwerbslosenausschusses sind durch Beratungen im Finanzauschuß und in der Wohlfahrtskommission erledigt. Praktisch ausgeflüßlich wird im Rahmen des Möglichen die Weihnachtsgeldbeiträge, etwa im gleichen Ausmaß wie im Vorjahre.

St. M. Diederichmann (N.S.) beantragt, daß der Reichsangelegtenrat auf die städtischen Angestellten Anwendung findet.

Dies sei nötig, da die städtischen Angestellten sich in einem katastrophalen Zustand befänden.

Der Antrag wird angenommen.

Anfrage an den Stadtmagistrat

St. M. Jopel (N.S.): Für die invalidenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer der Stadtgemeinde Oldenburg besteht das Statut her. Angelegenheiten vom 14. März 1929. Nach uns gewordener Mitteilung sollen einige städtische Arbeitnehmer durch die Bestimmungen des Statuts von dem Bezug des Ruhegeldes ausgeschlossen sein. Es soll sich dabei hauptsächlich um die Anwendung des § 2, Absatz 2, handeln. Wir bitten den Stadtmagistrat um genaue Prüfung, wer von den älteren Arbeitnehmern der Stadt nicht unter die Angelegenheiten fällt und um Angabe, ob die Stadt diesen Arbeitnehmern nicht durch Härtenausgleich entgegenkommen kann. Schriftliche Antwort genügt.

Dringlichkeitsantrag der Nationalsozialisten

Der Stadtrat wolle beschließen: Der Stadtmagistrat wird beauftragt, durch die Landesregierung bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß der Vollstreckungsstopp im Sinne der Bestimmungen der letzten Kodifizierung auf Handel, Gewerbe und Hausbesitz ausgedehnt wird. Der Antrag wird angenommen.

Schaufenstererwürme

St. M. Heimann (Z.) erinnert daran, daß in der inneren Stadt verschiedene Schaufenster zertrümmert worden sind. Er fragt an, welche Maßnahmen zum verstärkten Schutz getroffen worden sind.

Stadtrat Dr. Hübertt befragt, daß solche Zertrümmierungen von Schaufenstern vorgenommen sind. In einem Fall sei der Täter ermittelt worden. Die Wiederherberichtigung sei gegeben worden, einen umfassenden Streifendienst in der Stadt durchzuführen. Das sei auch geschehen.

Die Etatberatungen

3 949 600 RM auf 3 487 000 RM, also um 462 600 RM zurückgegangen ist. Hierbei sind die 80 000 RM Mindereinnahme bei der diesjährigen Gewerbesteuer und die tatsächliche vorjährige Mehreinnahme von 191 650 RM aus der Notbürgersteuer und der Wohnungsumzugssteuer, die im Etat nicht vorgesehen war, nicht mit berücksichtigt worden. Die Einkommensteuer, die 1930/31 noch 1 390 399 RM erbracht hat, konnte jetzt nur mehr mit 575 000 RM und die Körperschaftsteuer, die 1930/31 noch 129 700 RM erbracht hat, nur mehr mit 24 000 RM angelegt werden. Der Ertrag der Biersteuer ist mit 250 000 RM gegenüber 320 000 RM im Vorjahre angenommen worden, da die Steuerföhrung herabgesetzt ist. Die Bürgersteuer wird wesentlich weniger erbringen. Einflüßlich der nachträglich erhobenen Notbürgersteuer ist der Gesamtetat der Steuer in 1931/32 auf 3 600 000 RM veranschlagt

worden. Für den Veranschlag 1932/33 ist mit einem Steuerertrag von 280 000 RM unter der Voraussetzung der Erhebung des fünfstufigen Landesabgäbe, die zur Erreichung der Reichszuschüsse für die Wohlfahrtskassen als Mehreinnahme in Frage kommt, gerechnet worden. Bei der Abnung des Haushaltsplans ist dem Staatsministerium als veranschlagter Steuerertrag für 1932/33 eingeleitet und von deren Aufkommen zwei Drittel die Gemeinden und ein Drittel der Staat erhalten sollen, sind 100 000 RM als Einnahme für die Stadt vorgesehen. Da mit einem Gesamtaufkommen im Lande von 900 000 RM gerechnet wird, erscheint der für die Stadt Oldenburg angenommene Satz sicher nicht als zu hoch gegriffen. Genauso ist der Betrag für Zuwendungen aus dem Ausgleichsstat einflüßlich der Schlichtsteuer mit 250 000 RM nicht zu hoch angelegt worden. Wäher sind allerdings nur ganz geringe Beträge aus dem Ausgleichsstat der Stadt zugeführt worden. Es erscheint daher nicht dem Ministerium die Vorlage der Stadt in bringender Form vor Augen zu führen. Zu bemerken ist, daß weder bei der Schlichtsteuer noch bei der Wohnungsumzugssteuer für den Verteilungsschlüssel des Landes das drückte Aufkommen

welches bei beiden Steuern in der Stadt Oldenburg beson- ders hoch ist, in Berücksichtigung gezogen ist, obwohl dies sonst allgemein üblich ist und die Stadt bei der Schlichter- mehrfach nach dieser Richtung hin dem Ministerium vor- züglich geworden ist. Hinsichtlich der übrigen Steuern, die zum Teil höher, zum Teil niedriger als im Vorjahre veran- schlagt worden sind, und der sonstigen Einnahmen sind be- sondere Bemerkungen nicht zu machen.

Bei den Ausgaben bringt der Zuschußbetrag für die Wohlfahrtskassen mit 2 067 706 RM gegenüber dem veranschlagten Betrage von 1 359 065 RM ganz besonders in die Augen. Es sind als 708 641 RM mehr erforderlich als im Vorjahre. Der Gesamtetat ohne die Wohlfahrtskassen würde bei Zuzurechnung der heute mitgeteilten Änderungen einen Ueberschuß von 1 467 025 RM ergeben. Unter Ein- beziehung der Wohlfahrtskassen haben wir dagegen ein Defizit von 600 000 RM. Hieraus geht klar hervor, daß der heutige Aufwand, bei dem die Gemeinden den Hauptteil der Wohlfahrtskassen zu tragen haben, unumgänglich ist und über- haupt über lang Jahre Gemeinden zum Erliegen bringen muß. Er wirkt sich für die Stadt Oldenburg, die als Landeshaupt- stadt neben den Wohlfahrtskassen für die Erhaltung ihrer kulturellen Güter, wobei in erster Linie an das Landes- theater und das zwei verzweigte Schulwesen gedacht wird, namhafte Aufwendungen zu machen hat, ganz besonders nachteilig aus.

In der Vorjahreszeit betrug die jährliche Wohlfahrtskassen der Stadt Oldenburg rund 60 000 RM. Trotz dieser katastrophalen Verhältnisse ist auf dem Gebiete der Fürsorge nichts vernachlässigt worden. Wir haben zwar mit Rücksicht auf die Erhaltung der Reichszufüsse, auf die wir unbedingt angewiesen sind, unsere Fürsorge nach den Anweisungen des Reichsfinanzministers, gewiss schwerem Herzen, herabsetzen müssen, aber trotz dieser Herabsetzung wird bei uns bis ins kleinste durchgeführten Indi- vidualfürsorge und dank der unerschöpflichen freiwilligen Wohlfahrtsaktivität in unserer Stadt, der auch an dieser Stelle mit warmem Danke gedacht werden soll, auch in diesem Winter in der Stadt Oldenburg kein Mißfänger hungern oder frieren.

Was die anderen Ausgaben anlangt, so ist hervorzu- heben, daß die Schulzinsen gegenüber dem Vorjahre infolge Senkung des Zinsfußes wesentlich zurückgegangen sind. Nach dem vorliegenden Voranschlag betragen die Schulzinsen 932 687 M gegenüber 1 239 057 RM im Vorjahre. Abzuziehen sind hiervon die für Neubaulosen zur Erhaltung kommenden Zinsen in Höhe von 220 000 RM in 1932/33 gegenüber 230 000 RM in 1931/32. Außer den Zinsen sind noch 228 000 RM Schuldabträge in 1932/33 zu leisten, gegenüber 184 546 RM im Vorjahre.

Der Aufwand für die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Lehrer ist durch die wiederholten Kürzungen um rund 370 000 RM gegenüber dem Vorjahre gesunken. Die Gesamtsumme der Besoldungen nach den verschiedenen Vorordnungen ist für die Beschäftigten bei der Stadt auf rund 900 000 RM jähr- lich ermittelt worden.

Der Vermögens- und Schuldenstand der Stadt hat sich gegenüber dem Vorjahre verbessert. Nach dem Voranschlag für 1931/32 betragen die Schulden 13 244 038 RM, während sie nach dem jetzt vorliegenden Vor- anschlage sich auf 12 920 362 RM belaufen. Sie sind also um 323 721 RM zurückgegangen. Das Kapitalvermögen der Stadt einschließlich der Aktien der Stromversorgungs-AG. beträgt rund 11 400 000 RM. An weiteren Vermögenswerten ist Johann das Wasserwerk und daneben Grundvermögen in erheblichem Umfange vorhanden.

Hinsichtlich der Fehlbeträge ist noch zu sagen, daß außer dem diesjährigen Fehlbetrag noch ein Fehlbetrag aus dem letzten fischen Rechnungsjahre in Höhe von 1 614 691 RM vorhanden ist. Zur Beilegung des Fehlbetrages aus den früheren Rechnungsjahren sind bereits im Laufe der Jahre Anleihen annehmend in der Höhe des Fehlbetrages auf- genommen worden. Diese Anleihen, die im Schuldenver- zeichnis einbeziffert sind, stehen also buchnäßig zur Ver- fügung. Durch eine Umbildung nach dem am Schluß des Rechnungsjahres 1931/32 vorhandenen Fehlbetrag buchnäßig befreit werden. Bezüglich des dies- jährigen Fehlbetrages sind die Möglichkeiten für die Ver- zinsung, wenn man von der gesetzlichen Möglichkeit einer Nacherhebung zur Bürgersteuer 1932 absteht, im Augen- blick noch nicht klar zu übersehen. Weniger werden durch besonders sorgfältige Prüfung bei den Ausgaben noch Er- sparnisse erzielt werden können.

Daneben darf mit einer Minderung der Wohlfahrts- kassen durch Arbeitsbeschaffung seitens der Stadt und des Landes und auch mit einer Minderung der Schülfer- lungen des Reiches für die Behebung der Reichsmittel zu den Wohlfahrtskassen zugunsten der Mittelstädte, die augenblicklich gegenüber den Großstädten noch stark be- nachteiligt sind, wohl bestimmt gerechnet werden.

St.-M. Herzog (MS.) gibt folgende Erklärung ab: Wir sehen an den uns vorliegenden Voranschlägen, daß für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft uns ein großer, sozialer, finanzieller und Wohnungs- nutzungssteuer nicht zu beden ist. Vor diesen vorerwähnten Folgen der Erklärungs- und Antiepothik haben wir immer gewarnt. Trotzdem wurden in geradezu unerant- wortlicher Weise Schulden über Schulden gemacht, für die die Bürger der Stadt im Laufe der Jahre bereits Millionen für die Zinsübertragung aufbringen mußten. Heute ent- halten die Ausgabenlisten in den Voranschlägen fast nur noch Beträge für Gehalts- und Lohnzahlungen und für Wohlfahrtsausgaben. Wir verzichten darauf, zu einzelnen Voranschlägen zu sprechen. Das wäre vollkommen zwecklos, denn es ist ja nicht einmal das Geld vorhanden, um die Wiedererzume Herabsetzung zu erzielen, geschweige denn Er- neuerungsarbeiten an der stark gefährdeten Staumauer aus- zuführen. Durch eine Annahme dieses verheerenden Vor- anschlags würden wir nur etwas verschleiert haben, was man dem Volke nicht offen genug zeigen kann. Das ist der vollständige Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung als vollstän- dige Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung und Verdrummungs- politik. Wir können die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1932/33 ab. Eine Besserung dieser katastrophalen Lage ist nur möglich durch eine restlose Umkehrung der Reichs- politik nach nationalsozialistischen Grundsätzen, und auch nur dann, wenn die Willenskräfte der nationalsozialistischen

Grundzüge mit der Durchführung ihrer eigenen Ideen be- trant werden. Es gibt keinen Wiederaufstieg für Deutsch- land, und deshalb auch nicht für die Gemeinden, bevor nicht Adolf Hitler mit der Führung der Geschäfte Deutschlands be- trant wird.

St.-M. Mettsch (DL): Der Magistrat und die ein- zelnen Ausschüsse haben sich in monatelangen Beratungen redliche Mühe gegeben, den Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe zum Ausgleich zu bringen. Das ist nicht ge- lungen und konnte auch nicht gelingen. Das ist nicht ge- lungen aus zwei Gründen, weil 1. die Steuererhöhungen einseitig, Lieberwiesungssteuern infolge des Niederganges der Wirt- schaft weitestgehend zurückgegangen, 2. auf der anderen Seite die Wohlfahrtskassen außerordentlich gestiegen sind. In- folgedessen schließt der Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag von rd. 630 000 RM ab. Zur Deckung dieses Fehlbetrages müßten die Zuschläge zu den Realsteuern mehr als verdoppelt werden, eine Mehrbelastung, die infolge reichsgerichtlicher Regelung nicht möglich ist und, abgesehen davon, auch unterer schwer damit überlebenden Wirtschaft in Handel, Landwirt und Hausbesitz nicht zugemutet werden könnte. Es bliebe als letzter Rettungsanker nur die Bürgersteuer übrig, die aber zum Ausgleich des Fehlbetrages auf einen Zuschlag von über 1000 Prozent gesteigert werden müßte. Eine solche Maßnahme ist ebenfalls unmöglich und untrag- bar. Wir können deshalb dem Etat unsere Zustimmung nicht geben. Wir glauben hierüber auch im Interesse der Stadt zu handeln und unserer obenberühnten Staatsregierung den Rufen zu stützen hinsichtlich ihrer Bemühungen und Vorstößen bei der Reichsregierung. Die Finanzen der Gemeinden sind nur durch eine großzügige Aktion vom Reich aus in Ordnung zu bringen, und es ist auch unsere Pflicht, immer wieder darauf hinzuwirken.

St.-M. Heitmann (So.) gibt folgende Erklärung namens der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion ab: Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion hat es abgesehen, dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes ihre Zu- stimmung zu geben. Damit entfällt nach Schläge im Stadt- rat die Möglichkeit, den Etat zu verabschieden. Wenn die Nationalsozialisten nicht wollen, daß die Zwangsstaftie- rung Platz greift, wird jetzt ein Magistratsbescheid den Haushaltsplan in Kraft setzen müssen. Was den National- sozialisten den Haushaltsplan in erster Linie unannehmbar macht, ist der Fehlbetrag von 630 000 RM. Wir haben wieder- holt jahrelang festgestellt, daß die seit 1928 auftretenden Fehlbeträge trotz anerkannt parlamentarischer Eingehaltung durch den Jahr um Jahr für die Städte ungünstiger gewor- denen obdenburgischen Finanz- und Lastenausgleich unver- meidbar geworden sind.

Schon in früheren Jahren war durch den agrarisch be- herrschten Landtag der Lastenausgleich ungerecht gestaltet (beispielsweise bezog der Etat 1920/30 für seine Zwecke den Abzug der Schulbeschlüssen aus den Städten mit 40 Pro- zent der Einnahmer 70 Prozent und aus den Landgemein-

den mit 60 Prozent der Einnahmer Knapp 30 Prozent seiner Steuernmittel. Nach Verrechnung des Ausgleichsstocks ent- fielen von den staatlichen Zuschüssen 2 Prozent auf die Städte und 98 Prozent auf die Landgemeinden. Die Stadt Oldenburg allein lieferte dem Staat rund 25 Prozent der staatlichen Steuernmittel und erhielt von dieser Summe 3,6 Prozent für die Schule jurid. Heute ist der Ausgleich noch erheblich schlechter gestaltet. Der Hauptgrund für diese Ver- schlechterung ist in den hohen Steuerrückständen zu sehen.

Den Wohnsteuerpflichtigen sind durch Sonderkürzungen seitens der jetzigen Regierung allein für die Landesstädte bis zum 1. April n. J. 1,1 Millionen RM genommen wor- den, bis zur dreifachen Höhe aufgelegt worden; die Verbrauchs- steuern sind mit der Wohnsteuer befreit worden und können kurzem wird die um 30 Prozent erhöhte Wohnungs- nutzungssteuer erneut erhoben werden. Die beiden letzteren Steuern werden zum überwiegenden Teile in der Stadt Oldenburg aufgebracht. Was aber die Stadt von diesen Steuern zurückbekommt, ist — wie der Steuerantrag aus- weist — nur ein Bruchteil des Aufkommens. Das ist kein Lastenausgleich, sondern eine einseitige Belastung der Städte zugunsten des Landes und gleichsam eine Bestrafung dafür, daß bei anderen die Steuererhö- hungen nicht überwunden werden konnten.

Unter solchen Verhältnissen ist es eigentlich noch über- raschend, daß die Fehlbeträge im städtischen Haushalt nicht größer geworden sind, trotz des Rückganges an Reichssteuer- überweisungen. Man wird festhalten müssen, daß der Zu- schuß zum Wohlfahrtskassen gegenüber dem Vor- jahre nicht in dem Maße geteilt ist, wie in der Bevölde- rung vielfach geglaubt wird. Die Steigerung beträgt rund 440 000 RM — ein Viertel der letzten Zuschüsse. Ohne Abzinsen der Reichssteuerüberweisungen, der konjunktur- empfindlichen Städtesteuern, von 1930/31 zu 1932/33 um rund 60 Prozent wäre dennoch trotz des verbleibenden Lastenausgleichs ein ausgeglichener Etat möglich gewesen. Aber auch dann, wenn Erbschaftsteuer und Wohnungs- nutzungssteuer dem Aufkommen entsprechend anteilmäßig der Stadt verbleiben, wäre der Fehlbetrag mehr als befreit. Den Nachteil haben nicht nur die Wohnsteuerpflichtigen und die Erwerbslosen, sondern die gesamten Geschäftsleute in der Stadt. Um diesen Schaden auszugleichen, um die über- höchsten Löhne der städtischen Steuerzahler gegenüber den übrigen Steuerzahlern etwas einzuebnen, ist eine Verende- rung des obdenburgischen Finanz- und Lastenausgleichs dringend erforderlich.

St.-M. Stellmann (Kom.) ist der Meinung, daß die russischen Arbeiter es viel besser verstehen, einen Etat aufzustellen. Der hier vorliegende Etat bringe eine neue, immer größer werdende Verelendung. Er ist gegen die Vor- anschläge.

Der Etat wird darauf abgelehnt. Schluß der Sitzung um 10.30 Uhr.

Verbildung der Fütterung von Pferden

Der Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts, Berlin, schreibt hierzu: Bei der Erörterung des Problems der Motorisierung der deutschen Landwirtschaft sind über die Höhe der jährlichen Unterhaltungskosten für ein Pferd sehr verschiedenartige Angaben gemacht worden. Zivilingenieur Zander, einer der prominentesten Verfechter der Motorisierung der Landwirtschaft, insbesondere auch der mittleren und kleinbäuerlichen Betriebe, gibt in seiner be- kannten Broschüre „Die Motorisierung der Zugkraft in der deutschen Landwirtschaft“ die jährlichen Unterhaltungskosten für ein Pferd mit 1100 RM an, davon entfallen auf reine Futterkosten allein etwa 700 RM. Der Reichsverband hat in seinen verschiedenen Stellungnahmen zu den Fragen der Motorisierung in der deutschen Landwirtschaft auf Grund zahlreicher Angaben aus der Praxis mit einem durchschnitt- lichen Betrag von etwa 600 RM pro Jahr für die Unter- haltungskosten eines Pferdes gerechnet. Wenn auch die schwere Wirtschaftslage dazu geführt hat, daß zahlreiche Betriebe ihre Motorpflüge und Zugmaschinen wieder abgekauft haben und zu dem billiger arbeitenden Pferdegepäck zurück- gefehrt sind, weil man die schweren Schäden einer Mechanis- mierung der deutschen Landwirtschaft, die zu 70 Prozent aus bäuerlichen Betrieben besteht, erkannt hat, so ist es doch inter- essant, daß die Annahmen des Reichsverbandes neuerdings bestätigt werden. So ist es gelungen, durch verfeinerte Verfüte- rung von Wintergerste, Haferhoben und vor allem Luzerne und Klee die jährlichen Futterkosten pro Pferd auf

jährlich 388 RM zu senken. Betriebswirtschaftlich von großen Vorteilen kann eine Einschränkung des teuren Haferanbaues zugunsten des Anbaues von Wintergerste, Haferhoben und vor allem Luzerne und Gharfette sein. Durch eine beratung betriebswirtschaftliche Umstellung wird nicht nur eine Ver- billigung der Futterkosten erreicht, sondern außerdem der Ge- samtverbrauchsbedarf verringert, der Arbeitsaufwand auf die Zeiten geringeren Arbeitsbedarfs besser verteilt, der Summ- bürgeraufwand herabgesetzt und schließlich durch die sicher mögliche Grünfütterung bzw. Grünmischungsgrünfütterung nach Gerste eine ausgezeichnete Vorfrucht geschaffen. Selbstver- ständlich ist eine solche Umstellung nur in solchen Betrieben möglich, wo die Bodenverhältnisse den Anbau von Klee und Luzerne bzw. Gharfette gestatten. Der durch diese Betriebs- umstellung geschaffene Arbeitsausgleich hat auch zur Folge, daß die Ausnutzung der vorhandenen Arbeitspferde eine bessere ist. Nach Feststellungen im Landarbeiteramt Hofgeismar betrug die Ausnutzung der Arbeitspferde zur Arbeits- leistung im Jahre 1931 in den Großbetrieben über 100 Prozent, 85 Prozent in den Betrieben über 50 Hektar 60 Prozent, in den Betrieben über 20 Hektar 55 Prozent, in den Kleinbetrie- ben von etwa 10 Hektar 45 Prozent, ein Beweis, wie wichtig gerade in mittel- und kleinbäuerlichen Betrieben eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitspferde ist, und welche Ersparnisse durch eine vielfältige Gestaltung des Betriebes und eine zweckmäßige Fruchtfolge und damit in Zusammen- hang stehende Verbildung der Fütterung gemacht werden können.

Eigenhändiges oder öffentliches Testament?

Von Rechtsanwalt Siegrad, Oldenburg
Anlaßlich des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde die Zulassung des eigenhändigen Testaments als ein- der sofortigen Geschäfte, das dem deutschen Volke gemacht wurde. Die Praxis hat aber gezeigt, daß dieses so- fortige Testament den Erben vielfach Unannehmlichkeiten, Weiterun- gen und Kosten verursacht, die bei Errichtung eines öffent- lichen, d. i. gerichtlichen oder notariellen Testaments, nicht ent- stehen würden.
Der Erblasser hat bei Errichtung eines öffentlichen Testa- ments die Gewißheit, daß Formfehler, die häufig die Nichtig- keit des Privattestaments zur Folge haben, vermieden wer- den. Die Unmöglichkeit des Privattestaments zeitlich und sach- unterliehame Unannehmlichkeiten. Dem Nachlassrichter Oldenburg sind in letzter Zeit mehrere Fälle bekanntgeworden, in denen hinterlegte Ehegatten in eigenhändigen Testamenten unter Nichtbeachtung der Formvorschriften sich gegenüber zu Erben verpflichtet hatten. Die Nichtigkeit des Testaments bewirkt den Eintritt der gesetzlichen Erbfolge. Bei gesetzlicher Erbfolge aber muß der überlebende hinterlegte Ehegatte den Nachlaß mit den Eltern oder, wenn die Eltern verstorben sind, mit den Ge- schwistern des verstorbenen Ehegatten teilen.
Bei allen Privattestamenten ist die Errichtung eines Erb- schines erforderlich. Liegt ein öffentliches Testament vor, so sparen die Erben an Gerichtskosten die gemäß § 60 des Olden- burgischen Gerichtsverfassungsgesetzes für den Erblasser zu ent- richtende Gebühr.
Das Privattestament muß stets von den Erben als rechts- gültig anerkannt werden, und zwar vor Errichtung des Erb- schines. Diese Anerkennung, deren Befreiung vielfach, ins- besondere bei im Ausland lebenden Erben, Schwierigkeiten verursacht, erlirbt sich im Falle des Vorliegens eines öffent- lichen Testaments.

Der Notar bzw. der Richter ist nach den Vorschriften des BGB. gehalten, die Testierfähigkeit des Erblassers festzustellen. Diese Feststellung verhindert zumeist kostspielige Antrags- prozesse, die bei Privattestamenten an der Tagesordnung sind.
Bei gerichtlichen oder notariellen Testamenten entfällt für den Erblasser die Befürchtung, daß das Testament bei seinem Tode an das zuständige Nachlassgericht abgeliefert wird. Das öffentliche Testament wird beim Amtsgarnt hinterlegt.

Neuerdings geben die Banken den Erben auf Grund eigenhändiger Testamente Deposits und Guthaben nicht mehr heraus. Sie verlangen die Vorlegung eines Erbschines; des- sen Kosten richtet sich nicht etwa nach dem Wert des bei den Banken hinterlegten Vermögens, sondern nach dem vollen Nachlasswert und sind deshalb recht beträchtlich. Da die Banken öffentlich errichtete Testamente als hinreichenden Nachweis der Erbfolge ansehen, wenn zugleich das Protokoll über die Errich- tung des Testaments vorgelegt wird, so liegt in der Errich- tung eines öffentlichen Testaments eine erhebliche Erbsparnis.

Ein vorgerichtlicher Erblasser, der seinen Erben Schereorien und Verlusten ersparen will, wird nach alledem gut daran tun, zum Gericht oder Notar zu gehen (die notariellen Gebühren sind gleich den gerichtlichen Gebühren) und dort seinen letzten Willen in einem öffentlichen Testament niederzulegen.

Geschäftliche Mitteilungen

Gegen mangelhafte Verdaulichkeit mit allen ihren Beglei- terkrankheiten, den lästigen Magenbeschwerden und besonders dem üblen Sodbrennen, gibt es ein vorzügliches und dabei außerordentlich billiges Mittel. Ein Teelöffel oder 1 bis 2 Tabletten „Bulrich-Zalz“ nach jeder Mahlzeit sichern eine reibungslose, leichte Verdaulichkeit. Sie können „Bulrich-Zalz“ unbefür- ragen nach jeder Mahlzeit nehmen; es ist trotz seiner hervor- ragenden, nie verlassenden Wirkung selbst bei dauerndem Ge- brauch vollkommen unschädlich.

3. Beilage

zu Nr. 334 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, dem 7. Dezember 1932

Aus aller Welt

Ein Nachkommung Barbarossas läßt sich erleuchten
 „Was wollen Sie von mir?“ rief der Chorführer Alfred Baritz, als ihn der Wachmeister ins Polizeigefängnis sperrte. „Ich flamme in gerader Linie von Kaiser Friedrich Barbarossa ab. Wie können Sie es da wagen, mich des Diebstahls zu beschuldigen? Wenn Sie mich nicht loslassen, dann werden mich die Jünglinge des Deutschen Ritterordens mit Feuer und Schwert rächen.“ Trotz dieser furchtbaren Drohung wurde Herr Baritz in die Gefängniszelle geschickt; am nächsten Tag lag er bereits im Landgericht. Inzwischen hatte sich nämlich schon herausgestellt, daß Herr Baritz mit dem meistgesuchten Kirchen- diebstahls Täter identisch war. Trotz seiner 28 Jahre hat der gute Alfred bereits acht Kerkerstrafen hinter sich, davon sieben allein wegen Kirchen- diebstahls. Wenige Wochen nach der Verbüßung der letzten Strafe schlich er sich wieder in eine Pfarrkirche und stahl dort eine wertvolle Kanzeldecke. Die Frau des Meßners erwißte ihn, als er mit seiner Beute ins Freie spazieren wollte. Nun stand Alfred Baritz wegen seiner letzten Tat vor dem Schöffengericht. „Sie sind ein unverwehlicher Kirchen- diebstahl“, meinte der Richter. „Sie tun mir unrecht, Herr Rat“, erwiderte Alfred. „Ich bin ein frommer Mensch und gehe deshalb oft in die Kirche. Aber so oft ich eine Kirche betrete, überkommt mich immer das Verlangen, vom lieben Gott etwas zu nehmen. Ich kann nicht dafür, aber es ist wirklich so.“ Waren auch die zwei Kirchen- diebstahl ein Geschenk Gottes?“ fragt der Schöffengericht. „Die habe ich mir einmal als Geruchsbild der Erleuchtung mitgenommen.“ Das Gericht hatte für Alfreds „fromme“ Meinungen kein Verständnis und verurteilte ihn zu sechs Monaten schwerer Kerker.

Die „Schwedische Nachtigall“ verläßt sich.
 Der Prozeß der berühmten schwedischen Metropolitan- Sängerin Edna Lindgren gegen den Violoncellist Otto Kahn ist nun nach wochenlangen aufregenden Verhandlungen glücklich beendet. Die beiden scheinbar unversöhnlichen Streitparteien haben Frieden geschlossen, und Frau Lindgren wird sich über ihren Verzeihungsummer mit einer Entschädigung von 20.000 Dollar hinwegsetzen können. Wie erinnerlich, hatte die schwedische Nachtigall den New Yorker Finanzmagnaten, um 160.000 Dollar Schadenersatz verklagt. Sie behauptete, neunhundert Jahre hindurch die Fremdbild Otto Kahns gewesen zu sein. Nur ihm zuliebe, der der Hauptförderer der Metropolitan- Oper war, habe sie in New York ausgeharrt, obwohl ihr anderweitig bedeutend höhere Einkünfte winkten. Schließlich verlangte sie, gestützt auf angebliche mündliche Zusagen des Violoncellisten, von diesem das runde Summen von 650.000 Mark. In der Verhandlung ging es reichlich stürmisch zu. Otto Kahns Rechtsanwältin erklärte, Frau Lindgren habe auf Grund ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Kahn, von diesem nicht weniger als 300.000 Dollar gezogen. Herr Kahn wolle diesem Geld nicht nachtrauern, aber es solle ihm nicht ein, in Zukunft auch nur einen Cent für die alte Liebe zu opfern. Die leidenschaftliche Verteidigungsrede des kahn'schen Advokaten schen auf die

Geschworenen einen beträchtlichen Eindruck gemacht zu haben. Die Akte des sechzigjährigen Mezzos tießen sie aneinander nicht ungerührt. Zu einem Urteilspruch kam es jedoch nicht, da die geldbedürftige Nachtigall sich bereit erklärte, gegen eine Zahlung von 20.000 Dollar auf weitere Prozeßschritte zu verzichten. Sowie vor Herrn Kahn die fünfzigste Akte wert; er zählte sein Scherzstück, und die Prima- donna sog ihre Klage zurück.

Richard Tauber und der Winterrod
 Ganz ungeschick und abnungslos spielte der Kammer- sänger Richard Tauber eine wichtige Rolle in dem Prozeß gegen den Schauspieler Eugen Tarnowski, der sich vor einem Wiener Strafgericht zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte vor kurzer Zeit das Büro des österreichischen Obersten Rechnungshofes aufgesucht und dort gebeten, der Präsident Bed möge sich seines — Wintermantels annehmen. Dieser Mantel befand sich in einer Pfandleihe; Tarnowski war seit langem ohne Arbeit und außerstande, das wärmende Kleidungsstück einzulösen. Den Beamten des Rechnungshofes erzählte er, daß sich ihm eine Chance biete, denn Richard Tauber befände sich in Wien und würde sich sicher seiner annehmen. Dazu aber benötige er den Mantel, ohne Mantel könne er sich nicht vor dem berühmten Sänger zeigen lassen. Auf Veranlassung des Präsidenten Bed wurde darauf der Winterrod des Schauspielers ausgeliefert. Vorrichtig- halber schickte man einen Bürodienner dem Schauspieler nach, um festzustellen, ob der Besuch bei Tauber tatsächlich statt- fand. Aber Tarnowski dachte nicht daran; er lief sofort zum nächsten Leihhaus und verleihte den Mantel wieder. Darauf erfolgte seine Festnahme. Der Angeklagte machte einen so lässlichen Eindruck, daß der Staatsanwalt von der Anklage zurücktrat. Darauf wurde Tarnowski in Freiheit gesetzt.

Amstvat überfällt einen Geldboten
 Im Wiener Handelsministerium spielte sich ein ebenso ungewöhnlicher wie aufregender Vorfall ab. Der pensionierte Amstvat Franz Karrez überfiel einen seiner früheren Untergebenen, den Amstvatier Josef Uhl, als dieser mit einer Geldbörse aus einem Büroraum trat und streckte ihn durch einen Schuß nieder. Karrez wurde festgenommen und gefaßt, daß er dem Diener keine Tafel, in der sich 20.000 Schilling befanden, rauben wollte. Die Vorgeschichte dieser Tat stellte eine eigenartige Tragödie dar. Karrez war vor Jahresfrist wegen hochgradiger Nervenbeschädigung pensioniert worden. Er unterhielt Beziehungen zu einer Frau und verfolgte seine Freundschaft mit maßloser Eifersucht. Schließlich kam es zum völligen Bruch. Karrez geriet immer mehr in Schuld, nahm ein Darlehen von 5000 Schilling auf und bogte sich bei allen seinen früheren Amstvatkollegen so viel Geld zusammen, als er nur erheischen konnte. Auch diesmal will er wieder ins Handelsministerium genommen sein, um von einem ehemaligen Kollegen Hilfe zu erbitten. Im letzten Augenblick habe er jedoch diesen Mann aufgegeben. Als ihm Uhl mit der Geldbörse entgegenkam, sei er plötzlich auf den Gedanken verfallen, die Tafel mit der Beamtengehältern

zu tauschen. Er zog einen Revolver und gab auf den Diener einen Schuß ab, verlegte ihn aber zum Glück nur leicht an der linken Schläfe. Auf Uhl's Eiferseite eilten die Beamten aus den anderen Zimmern herbei und nahmen den Täter fest.

Prolat verbringt einen Journalisten
 Der im Skandale-Prozeß vielgenannte Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Fritz Prolat, der bis zur Ein- teilung des gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens von seinen Kollegen als Leiter des Berliner Verkehrsvereins diszi- pliniert war, wird sich demnächst wegen Körperverletzung zu ver- antworten haben. Er hat nämlich den Gerichtsberichterstatter der kommunistischen Zeitung „Berlin am Morgen“ verprügelt. Als der Berichterstatter Fritz Popper das Lächeln-Prolat, das dem Kriminalgerichtsbau gegenüberliegt, betrat, führte sich der dort anwesende Prolat auf ihn und verprügelte ihn mit dem Fuß. „Du Strich!“ mehrere Kaufleute ins Gesicht. Prolat kannte den Berichterstatter aus verschiedenen Pro- zessen, über die das kommunistische Blatt berichtet hatte. Als der Berichterstatter auf der Straße Prolat aufforderte, mit zum Polizeirevier zu kommen, schlug Prolat nochmals auf Popper ein und fuhr dann in einer Autodrola davon.

440 Millionen Dollar als Weihnachtsgeschenk
 Der Amerikanische Weihnachtsfest, eine große Spar-Ver- einigung, die über das ganze Land verbreitet ist, wird in die- sem Jahre unter seinen Mitgliedern die Reformsumme von etwa 440 Millionen Dollar verteilen. Es gibt keine ähnlich große Drahtanlagen in der Welt, und die Amerikaner haben darauf, daß auch in den Zeiten der Krise noch zu beträchtlichen Summen aufgebracht werden könnten. Obwohl die Abnahme der Mitglieder während des Jahres etwa 12 Prozent betrug, sind die Einkünfte von etwa 10½ Millionen Mitgliedern doch nur um 11 Prozent pro Kopf zurückgegangen und durch glück- liche Transaktionen konnte die Gesamtsumme vergrößert werden. Was jetzt zu Weihnachten jeder bekommt, wird dadurch noch wertvoller, daß die Kaufkraft gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen ist.

Eine ABC-Schule für Retrunen
 Die Retrunen, die diesmal in dem französischen Ort Beau- vais eingekerkelt wurden, weisen einen hohen Prozentsatz von Analphabeten auf. Unter den 40 neuen Kriegern waren 75 des Schreibens unkundig und 24 kennen nicht einmal das Alphabet. Aber der Wert muß diesem Mangel rasch abhelfen; er hat eine ABC-Schule eingerichtet, in der die Retrunen im Lesen und Schreiben unterrichtet werden, denn ein guter Soldat muß auch eine gewisse Bildung in unseren Zeiten besitzen. In der französischen Presse wird bei dieser Gelegenheit wieder hervorgehoben, daß die Schulbildung in Frankreich vielfach nicht genug eingeschätzt wird, sondern daß viele Kinder bereits aus der Schule wegfallen, wenn sie noch nicht einhundert bis hundertfünfzig Jahre alt sind. Dieser Lebensstand, der besonders beim Wehrdienst hervortritt, soll jetzt energig bekämpft werden, und man beachtet, daß verschiedene Re- gimenten Schulen für den Bedarfsfall einzurichten.



Mütter wissen mehr
 und was sie lieben, haben sie erprobt!
 Darum verwenden sie beim Wundsein
 ihrer Kleinen und für sich selbst Penaten-
 Creme InApoth. u. Drog.-, -30, -54, 1,08

Die Rückkehr aus dem Jenseits

Roman von Hans Schulze

1. Fortsetzung

1. Kapitel
 Wie von einem Reißbrett getroffen zuckte Kutter zusammen. Eine rasende, fast schmerzliche Eifersucht über- stürmte ihn plötzlich. Sie konnte er überhaupt aus dem Leben gehen, wenn jene Frau auf Erden zurückkäme, sich vielleicht einem anderen Manne zuwenden, sie, die er in diesem Augenblick als einen Teil seines eigenen Selbst empfand. Dann raffte er sich gewaltsam auf, sein Gesicht strahlte sich, wurde hart.
 „Ruth wird vielleicht ein paar Jahre um mich trauern“, sagte er leise. „Frauen haben ja soviel Widerstandskraft. Und sie ist jung, und die Zeit wird auch das über tun. Im Grunde kommt es ja auch nur darauf an, daß sie glücklich wird!“

Ein neues Schweigen entstand und richtete sich wie eine Wand zwischen den beiden Männern auf. Aus einem Neben- zimmer klang zuweilen Lachen und Sprechen von Mädchen- stimmen, eine Schreibmaschine klapperte. Kutter hörte das alles ganz scharf und deutlich und doch war in seinem Kopf ein seltsames Gefühl von Vere, daß er an tausend andere Dinge denken mußte, die in seinem Zusammenhang mit dem standen, was ihn in innerer Seele bewegte.

„Ich reise heute abend für ein paar Tage an die See“, begann er endlich unvermittelt, aus der Empfindung heraus, daß er diesen qualvollen Zusammenstoß irgendwie ein Ende machen mußte. „Dort will ich meine ganze Situation noch einmal in aller Ruhe durchdenken. Vielleicht, daß ich in letz- ter Minute doch noch eine Tür ins Freie finde!“
 Kutter atmete erleichtert auf.
 „Endlich ein verständliches Wort. Warte! Immer Kopf hoch und frischen Mut gefaßt. Ich glaube auch, du rechnest zu sehr mit der augenblicklichen Konjunktur. In ein paar Monaten hat sich das Bild vielleicht schon vollständig ver- ändert.“

„Wie lange gedenkst du übrigens fortzubleiben?“ fragte er dann gefächelt. „Zoll ich inzwischen vielleicht schon mit einer unserer Beuten vorrichtig Fühlung nehmen?“
 Kutter überlegte kurz.
 „Ich bin Ende der Woche wieder zurück. Bis dahin wollen wir die Angelegenheit ruhen lassen. Versieh, daß ich dir eine so aufregende Stunde bereitet habe, aber diese Aus- sprache war für mich notwendig und eine große Er- leichterung!“

2. Kapitel
 Als Kutter die Treppe des Anwaltsbüros wieder hinan- stieg, überfiel ihn ein plötzlicher Schwindel, daß er sich am Geländer festhalten mußte, um nicht jäz hinüber zu stürzen. Mit einer unwillkürlichen Bewegung schüttelte er die lähmende Schwäche wieder von sich ab und tastete sich in dem Halb-

dunkel des Flurs mühsam bis zur Haustür. Draußen ging ein wundervoller Frühsonnerröte langsam zur Küste. Die Sträucher des kleinen Vorgartens standen in äppiger Ueber- flülle und der Himmel war zärtlich blau und wolkenlos. Dann lag er in seinem Wagen und atmete in tiefen Zügen die linde Sommerluft. Junge Mädchen in hellen Kleidern kamen die bekannte Straße entlang und ein würdiger Herr mit hadrathlichem Graubart zog grinsend den Hut. Kutter winnte zerstreut zurück, indes Menschen und Häuser immer schneller an ihm vorbeizogen. Ein gebantenloses Wohl- gefühl war auf einmal in all seinen Gliedern, daß er am liebsten noch viele Stunden so durch den schwebenden Tag gehen würde und fast unwillig aufschreckte, als das Auto jetzt in den Stadtpark einbog und vor dem Gartenersten Villa hielt. Ein Diener in einer blau- und weißgestreiften Leinwand, der die Wege um das große Springbrunnen- rundel gefahrt hatte, ließ eilig herbei und öffnete die Gitter- tür. Kutter nickte ihm freundlich zu und trat in sein Haus, das in seiner abendlichen Stille fast wie ausgeföhren wirkte.

Erst in der Diele kam ihm Kuths Jofe entgegen und berichtete, daß die gnädige Frau mit der kleinen Margot noch einmal zu ihrer Mutter hübergegangen sei, aber in der achten Stunde wieder dahin ein werde. Kutter reichte ihr Hut und Mantel und wandte sich dann durch den kleinen Speiseaal nach seinem Arbeitszimmer hinüber. Ein Berg von Briefschaften, die die Abendpost gebracht hatte, lag auf seinem Schreibtisch, doch er ließ sie ablos beiseite und ließ sich schwerfällig in einen Stuhlsetz nieder.
 Jetzt erst kam es ihm voll zum Bewußtsein, wie abge- spannt und müde er eigentlich war.

Der Besuch bei Kuths war doch vielleicht eine zu starke Belastung für seine Nerven gewesen.
 Dann lag er lange und schaute nachdenklich in den Garten hinaus, aus dem der Wind zuweilen eine Welle von Duft und Frische von den Blumenrabatten des Spring- brunmens herübertrug. Vor fünf Jahren hatte er mit seiner jungen Frau in dieses Haus seinen Einzug gehalten, das seit- dem ein so reiches Glück für ihn ungeschloffen hatte.

Kutter war Kuth auf einer Ferienreise in Nordbren bezaugt und, wenn er an jene Zeit zurückdachte, lag es über ihm wie ein sommerlicher Glanz von blauem Meer und strahlendem Himmel.
 Ruth war mit ihrer Mutter in dem gleichen Hotel wie Kutter abgeblieben, nur von der ersten Minute ihrer Be- kanntschaft an hatte er nicht mehr gesehen als das schöne, schlange Mädchen mit den hellen Augen unter der blonden Haarfrone.

Schon am Abend des dritten Tages hatte er sie gebeten, die Seine zu werden; wie ein Raufsch war es auf einmal über den weltabgewandten, ersten Mann gekommen, der bis dahin nur seine Kabrio, den Dienst an seinem Werk ge- kannt hatte.
 Und in der Folgezeit war seine Liebe nur immer größer und tiefer geworden, hatte er allein für Kuth, in Gedanken

an sie gelebt und gearbeitet und sich mit dem Einfaß seiner ganzen Kraft dem drohenden Zusammenbruch entgegen- gekemmt; bis das bittere Ende seit dem Ausgang des letzten Jahres immer klarer, unabwendbarer geworden war, und schließlich jenen furchtbaren Entschluß in ihm gereizt hatte, der mit der Gewalt einer Zwangsverfollung allmählich von seinem ganzen inneren Menschen Besitz ergriffen hatte.
 Da klang auf einmal ein raucher, leichter Schritt, der Hauch eines Kleides streifte seine Wangen.
 Kuth stand vor ihm.
 „Ruth!“
 Er hatte sie auf seinen Schoß genommen und küßte ihr immer wieder die geliebten Hände.
 Wie eine Vergesselt fiel es ihm plötzlich auf die Seele, daß es heut ja der letzte Abend war, da er sie noch einmal in seinen Armen halten durfte.

„Ich habe mich bei meiner Mutter veripäht“, sagte Kuth in leitem Erklären über seine ecksame Erregtheit. „Aber jetzt können wir sofort essen. Wäßt du denn heute abend wirklich noch reisen?“
 Mutter nicht.
 „Ja, Kind, ich habe mir auf 10 Uhr den großen Wagen bestellt. Ich möchte diese mondhele Nacht gern für die Kutter ausnützen. Dann bin ich morgen früh bereits am Meer!“
 Kuth hatte den Kopf in seinen rechten Arm gelegt, ihr Bild suchte sein Gesicht, das schon ganz im Schatten war.
 „Warum nimmst du mich eigentlich nicht mit?“ fragte sie mit leitem Vorwurf.
 Er lächelte beglückt.

„Ein ander Mal, vielleicht in ein paar Wochen schon! Du weißt ja, ich treffe mich am See mit einem Herrn aus Hamburg, der sich für eine neue Erfindung von mir in- teressiert. Da darf uns niemand stören!“
 Dann brach er lutz ab.
 Er fühlte, wie ihm eine heiße Nöde in die Stirn ge- stiegen war; es war die erste Nöde, die er in seiner Ehe über seine Rippen gebracht hatte.

Kuth war aufgefunden und strich ihr Kleid zurecht.
 „Ich werde meine Mutter bitten, für die Dauer deiner Abwesenheit zu mir zu ziehen. Ich kann die Einsamkeit nicht ertragen. Ich fürchte mich allein in dem großen Hause!“
 Ruth in Arm traten sie in das Speisezimmer, in dem schon Licht brannte.
 Kutter sah fähig über den Tisch.
 „Legen Sie Selt fast!“ beauf- er dem aufwartenden Mädchen. „Und geben Sie die Gläser heraus!“
 Kuth sah verwundert auf.
 „Das wird ja so fesslich heute!“

„Wir wollen Altsiedel feiern“, sagte er mit erkünstelter Feierkeit und geleitete sie zu ihrem Platz.
 „St Margot schon zu Bett?“ fragte er, als das Mädchen jetzt die Platte mit den frischen Belegeln reichte.
 (Fortsetzung folgt.)

In Hans Muck

Du heft jo vel gewenst vun Lewen un Dob,
In nu gungts du sijn al dort Abendrot.

Un nehst Wader Dob di so sacht bi de Hand
In hahst hi di röhmer int stille Land.

Is löst nu dat enige Radel's för di?
Geiht wiher löschig oder alles vörbi?

All möt wi em waarnen, de Weg na dor gunt—
Sint du, morgen wi, de noch hier blewen sünd.

All möt wi se waarnen, de düstere Straat—
De eenen fröher, de annern laat...

Felix Schmeißer, Husum.

Offizierens-Bereen „Hofstaatsboom“

Einiger Klaas un Einiger Marten

Woeder, inees mit 'n Boiterbol,
Sint, it heb' an Meit,
Einiger d'r moer, de Süngeer up,
Dat inest akerden.

Mit disse nuol kümmerliem leet de Bösstiter de Heimat-
awend loopen, de verleeven Söndag in 'i groode Saal van
de „Hofstaatsboom“ gebörrn dat. Dat huus was knuppeldit vull,
wat woll dorvan quam, wiel d'r 'n heele Willt boaben wurr.
Se harrn 'i weer alls in enen Kaal juncen, un dat was
goed, „Well hün weeten, dat 'i noch se 'n Klavinter gah,
harr 'i Wäsel kagel, dar harr se för nuul 'n Luuerdrot un
Einiger Marten all verhöfft, „Lüster de Bösstiter, dormit meen
he, dat de Münt bi de sinstere Tieden uphüms doch of ins
moal 'n spiere freid' brunken deist, un neet heel too ver-
juur'n. Un Wäselupp gaif dat 'n Barg an disse Aumend. Se
wolln offizierens Dangen: „Sappheit boom sein de knuppeldit her'
(danz un Klavinter) un „Was tumm libel mit“ wassen so
recht na 'd' Wäsel van de Soukieters. De Wäselkangen: „In
Hofstaatsboom 'i al Baleser“ (mit Slangelicht), „Schmetter-
Ingsdanz“, 'n oole Kaiser, Meiteländer tou Beeren un
„Misch, raitch, sibe bun büm büm“ wassen goed inlühder
van de ledighe Verheirte. „Se un 'n Broo Soothsijn,
Tüffentun quam up de Wäsel de platstiffte Genasser, Georg
Meier“ wandag, moer 'i 'n Willt bi too dutjen gaff un woar
de Soukieters moer wer so recht gesehn funn. De Kroolüt:
Sohanne Mit, Theba Collmann un Sini Harms, un de Manns-
lüt: Siniroig Albers, Sellmann Jodena, Diedrich Albers un
Franz Jacobs Huus' sid iseganghig nit na. De Speelleitung
harr Edwin Meers, de moer Klavinterer harr van
Waller Brand. Man neet bloot up de Wäsel un in 'd' Saal
muß d'r herbol'n. Vier funn 'n Dist mit 'n Barg Saalen
för 'n Verloof, do 'n 'n Dist mit Krinjesluten un Klav-
terers, Poperdöten un Sphelastit, up günni Sied wer 'n
Dist mit Meitwurken un sowat d'ber, moer smals 'n
muppel wurr. Un dat was moer 'n Wäsel, boar funn 'n
Disten ledig her. Dat Einiger Klaas of noch enes sijn
infekten dah, verheist sid van sijn. Wer meniggen harr he
of noch 'n Hüffe mit Siffergoed mitbrocht. Mit Klipp-Kapp-
Kegel-Spang gung 'd' dunn wider. Un as de Luuerholungsbeel
haat amsidit was, dunn 'n reinlunt neet, woar de Tied
blewen was. Van de Gähle harr de Wäsel, woar de Wäsel
hiesiger Wäsel wäsen. Seer küppel, noch 'n lüster Krool
over de Heimatpleg. De Gesehliche Musikanten sörgten dorfor,
dat de Wäsel neet sijn wurr. Alls in all funn 'n woll
segen, dat disse Heimatwädel een mit van de moisten weesen
is, de de Vereen maakt hett. So man wider. H.

Pächterversammlung in Rodentkichen

Die vom Pächterbund einberufene Versammlung war stark
besucht. Vorsitzender Baumann führte einleitend aus, daß
nach dem am nachgehenden Ziele aufgestellten Wirtschaftsbere-
nach der Nöthelnahmen aus der Landwirtschaft auf 45 Prozent
eines Normalwerts gelunten seien. Diese würden auf Grund der
notwendigen zu Berechnung der am 3. bis 15. Prozent ein-
gezeichneten Ausschüttungen (15 Prozent) und Wertungsnoten
(30 Prozent) zu vermindern. Dennoch müßte die ganze Pacht
aus der Substanz gedeckt werden. Da dieser Weg in den letzten
Jahren mehr oder weniger befriedigt wurde, die weitere Kredit-
aufnahme jedoch unmöglich sei, müßte ein großer Teil Pächter
als Wohnsitzbesitzer der Pächtergemeinschaften, welche die Pächter
zu decken abwärts eine überlegene Pacht verlangt bzw.
sichergestellt würde. Zu beklagen wäre, daß einzelne Pächter
die Notwendigkeit der Pächter nicht erkennen wollen und mit ihren
übertriebenen Pachtforderungen rüchungsgebend vorangehen. Ein
weiteres Augenmerk sei ferner auf die sog. Vertreter der Ver-
pächter zu richten, die mit allgemeinen geschäftlichen Redensarten
verhindernd, doch ihre Forderungen vertrittend würden. Zu
erkennen sei ein ungenügender gerechter Ausgleich. Zu 1. wurden
die Prinzipien der Wirtschaftsberechnung mitgeteilt, zu 2. wurden die
von den Pächtergemeinschaften der Westermarck aufgestellten
Wirtschaftsberichte besprochen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen
würde offenbar in die Gemeindefinanzierung zwecks Befestigung
der Friedenspachtverträge liegen. Diese müßten auf Grund der
Friedenspachtverträge ermittelt werden. Der letztere müßte die Leistung
darstellen, die der Pächter bei normaler Bewirtschaftung heraus-
wirtschaften konnte, unter Beachtung des Einheitswertes des
Pachtpachtes. Die Berechnung der Pächter nach dem Ein-
heitswerte sei die gerechteste. Ueber den Bundesrat gehen die
Meinungen auseinander. Auch der Bundesrat habe in einer
Eingabe an das Reichspräsidentenamt als Grundlage den ge-
meinen Wert beizubehalten. Der Einheitswert solle alle Vor-
schritte einer Stelle erfüllen. Bei Ständänderungen seien bei
den Gemeindefinanzierungen etwa auftretende Schwierigkeiten bei
eintragsamer gutem Willen zu beheben, wenigstens von sach-
und erfahrungsgemäßen Mitgliedern. Vom Einheitswert sei der Wert
des mitgetheilten Pächterwertes mit 20 Prozent zum Besten
abzugeben. Praktisch müßte die Schätzung des Friedens-
pachtwertes folgendermaßen aussehen:

Schätzung durch die Gemeindefinanzierung je Hektar 180,00 RM	
Nach dem auf 2800 RM geschätzten Einheitswert	
dieser Stelle abzüglich 20 Prozent = 2390	
RM : 18 (dem vom Pächterbunde aufgestellten	
soz. Zehner) beträgt der Friedenspachtwert je	
Hektar	133,00 RM

Davon das Mittel 313,00 RM
156,50 RM
313,00 RM
156,50 RM
als der ermittelte Friedenspachtwert, wobei die von dem
Pächterbunde aufgestellten Wirtschaftsberechnungen sind.
Dieses Beispiel trifft zu für die im Einheitswerte höchst-
wertigste Epitenzente der Westermarck. Das Pächterbunde-
amt wäre solle erachtet werden, eine einheitliche Linie bei
Schätzung des Friedenspachtwertes nach obigem Beispiel festzu-
stellen, gegebenenfalls durch Zusammenfassung der Kommuni-
kationsstellen. Daß die festgesetzte geschätzten Friedenspachtwert
für vor 1914 zum Teil von dem zu errechneten Resultat
abweichen, sei beklagt. Die Voraussetzungen für solche über-
schätzten Werten seien nicht mehr vorhanden. Seit langem
hätten wir mit harter Mühenentwicklung der Produktionspreise zu
rechnen, die den Preisstand offenbar noch nicht erreicht hätten.
Die zur Zeit von den Pächtergemeinschaften vorgeschlagenen
25 Prozent Wörsung genügen nicht, dieser Minderentwicklung

Rechnung zu tragen. Vielmehr müßte ein weiterer Abschlag
dafür zum Zuge kommen, daß die Getreide- bzw. Ver-
einigungskosten der Produkte höher liegen als der Verkaufspreis
darstellen. Es müßten noch weitere Verhandlungen mit den
Pächtergemeinschaften über die zu leistenden weiteren Vor-
nahmen mit dem Pächterbunde eine Arbeitsgemeinschaft
angebahnt werden. Innerhalb der hiesigen Gemeinde würde
eine solche einstimmig beschließen.

Zur Vertretung der Gemeindefinanzierung zwecks Befestigung
der Friedenspachtverträge wurden dem Gemeinderat vorgeschlagen:
S. Cordes und G. Ahtling als Verpächter, G. S. Lemmer

Man überlegt uns hierzu: Die von der Staatsregierung
eingeleitete Prüfung der Frage, ob durch eine Verwaltungs-
reform für unser Land wesentliche Erparnisse zu erzielen sind
und ob sich die Durchführung einer solchen Maßnahme empfiehlt,
hat überall eine sehr lebhaftige Ausbreitung hervorgebracht. In-
sondere in den Orten und Bezirken, denen der Verlust einer
Behörde droht, kann man sich und nimmt in Versammlungen
und Entschliessungen Stellung zu der Sache. Natürlich fällt
immer in dem Sinne, daß man zwar die Notwendigkeit einer
Verwaltungsreform anerkennt, die Durchführung für den eigen-
nen Ort oder Bezirk aber für durchaus abwegig hält.

Der Verlust von Vereinen mit Kaufkraft und Steuerkraft, Verlust
von Mietern für den Hausbesitzer, Verlust auswärtsiger Kunden
für die Geschäftskreise (es wird von den Vereinen von Be-
hörden in großer Umfang bei den Geschäftskreisen in den
beid. Orten gelaufen), ferner für die Eingeweihten weite Wege nach
dem neuen Orte der abgewanderten Behörde. Einflußnahme gegen
die Vertiefung von Behörden kann man daher wirklich nicht
übersehen.

Andrerseits muß man aber auch die Fassung der Regie-
rung verstehen. Sie ist für das Wohl des Staates verant-
wortlich, sie hat die schwere Pflicht, mit allen Mitteln zu ver-
suchen, ihn durch die Wirksamkeit der in ihm vorhandenen Kräfte,
in der wir leben, unerschütterlich dinstandzuführen. Wenn sie nach
gewissenhaftiger Prüfung der Frage geistig überzeugt ist, daß die
erhebliche Erparnisse bringt, durchführt, und wenn sie die damit
unvermeidlich verbundene Unpopulärheit auf sich nehmen will, so
muß man einem solchen Vorhaben mindestens Achtung entgegen-
bringen.

Eine Frage muß bei der Sache aber auch gestellt werden,
und darauf die Wäse zu lenken, soll der Zweck dieser Zeilen

und G. Baumann als Richter, ferner als Erfahrmänner und
als Obmann für den Ort. Es ist dies eine wichtige
Sache mit dem Ministerium, die sich nicht erledigen lassen
wegen der Schwierigkeit und Kosten der Verhandlungen wegen
der Aufschübe und Kostenpaß durch den Pächterbunde
mitgeteilt, daß weiter verhandelt wird, um einen Abschlag zu
erzielen, der den Minderungen der Pächtergemeinschaften die
Wichtigkeit entspricht. Hier würde empfohlen, 50 Prozent An-
zahlung zu leisten und Einmündungsantrag wegen des Wertes zu
stellen bis zur endgültigen Entscheidung, auch durch das Ver-
einigungsamt. Das ist ein wichtiger Punkt, der durch das Ver-
gütlich geforderten Pacht von 1930 genügen nicht ist abschlag.

Verwaltungsreform

Jein, das ist die Frage: Wird mit der Verwaltungs-
reform das Ziel, die Selbständigkeit des
Landes zu erhalten, auch bewahrt zu werden, und
sich in die Opfer, die gebracht werden müssen,
und im richtigen Verhältnis zu dem, was er-
reicht wird? Es wäre doch sehr fatal, wenn zunächst allen
möglichen Orten und Bezirken wichtige Behörden genommen
würden und nachher stellte sich heraus, daß das Aufgehen des
Odenburger Staates in einen größeren Verband doch nicht zu
umgehen wäre. Weiter muß festgestellt werden, ob, wenn
Odenburg bereit ist, in einen größeren Verband aufzugehen,
der Behördenaufbau vermieden werden kann und
ob in einem solchen Falle der Besitz des Staates an Domänen
und Forsten den Amtsverbänden oder Gemeinden zufallen
könnte. Das alles sind Fragen von allergrößter Bedeutung,
und es ist unbedingt erforderlich, daß sie für die Verwaltung
und vor allen anderen Stellen, die sich mit der Verwaltungs-
reform beschäftigen, sehr eingehend geprüft werden. Es ist ganz
falsch, vorzubereiten zu lassen, Odenburg soll seine staatliche
Selbständigkeit auf jeden Fall behalten; ebenso falsch ist es,
auf jeden Fall in einen größeren Verband aufgehen zu wollen.
Richtig dagegen ist es, klar und leidenschaftlos abzuwägen,
was für Land und Volk das Beste ist. Eins allerdings gilt es,
wenn es sich um die Verwaltung handelt, die die öffentliche
Zusammenhang nicht ändert oder nicht. Kulturell und
heimatlich wollen wir Odenburger gute Odenburger bleiben,
wie die Odenburger treue Odenburger, die Odenburger treue Odenburger
geblieben sind, und nachdem sie in ein größeres Staatsgebiet
aufgegangen sind. Die Odenburger können wirklich mit Stolz von
sich sagen, daß sie genau so glücklich sind wie ihre Väter,
die unter den öffentlichen Verhältnissen lebten. Dessen will wir
uns allerdings, beides zu erreichen, nämlich: daß wir sowohl
kulturell wie staatlich Odenburger bleiben. —

Vortragsabend im Nationalen Klub

Wir erhalten folgenden Bericht:
Ueber neue Wege der Berufsstandspolitik
sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Wienke, erster Zusat-
z der Handwerkskammer zu Hannover, in einer Versamm-
lung des Nationalen Klubs im Clubhaus. Der Redner
führte aus, daß die politischen Vorgänge in Berlin zum eine
ruhige und planmäßige Vorgehen für den Handwerker
Werte noch nicht möglich machen, daß aber durch diese poli-
tischen Kämpfe zunächst die Forderung gestellt werden müsse,
von welcher Weltanschauung aus überhaupt Berufsstandspolitik ge-
trieben werden solle. Es sei bekannt, daß bei den beiden letzten
Reichstagswahlen sich allmählich die große Arbeiter-
bewegung gebildet hätte. Die eine Front, die der Sozialismus
vertritt, ist die andere, welche teils in der Form des Marxismus,
teils in der des Nationalsozialismus eine kollektivi-
stische Weltanschauung vertritt und daher der jetzigen
Regierung und ihrem Programm scharf entgegensteht. Zwischen
diesen Fronten sei der Mittelstand, besonders das Handwerk,
hin- und hergerissen worden. Es handle sich jetzt darum, die
Personenmasse von etwa zwölf Millionen Menschen, die den
Berufsstand des selbständigen gewerblichen Mittelstandes aus-
machen, so möglichst einheitlichen politischen Anschlüssen zu
bringen. Er, Redner, sei der Ansicht, daß dieser Anschluß nicht
schwer fallen könne. Seit der Wäse in der Mittelstand
das deutsche Handwerk zu einem Ganzen werden lassen
wäre, von welchem die soziale Bewegung den Beruf überändert
ausgesprochen hat und der überdem heißt der Träger vieler ge-
sellschaftlicher, nämlich der Gemeinververwaltung dienender
Vermittler gewesen. So sei es auch gekommen, daß das Hand-
werk sich besonders stark im Hausbesitz verankert habe. In
seinem Beruf sei der Begriff der Unabhängigkeit, der Selbstän-
digkeit und der eigenen Verantwortung so stark, als im deut-
schen Handwerk amorph gewesen. Daher sei gerade dieser Be-
ruf von dem größten Feind aller privaten, wirtschaftlichen
Tätigkeit vom Sozialismus am ersten und am härtesten ange-
griffen worden, um so mehr, als die Führer der sozialistischen
Gewerkschaften und viele der politischen Wäse der Nach-
kriegszeit selbst als Handwerker gelte. Die Sozialisten
haben das Handwerk als Feind betrachtet, weil es die politi-
sche Unabhängigkeit der Arbeiter und die wirtschaftliche
geleitete Wirtschaft an deren Stelle zu setzen. Praktisch solle also
Handwerk und Einzelhandel in staatliche Massen-
verfassungsgesellschaften (Konsumvereine oder große Waren-
häuser) und staatliche Fabrikationsbetriebe umgewandelt werden.
Man habe zwar die angestrebte große politische Partei,
die Nationalsozialisten, als Feind betrachtet, aber der Konsum-
vereine und Warenhäuser bekämpfe, zugleich aber auch, daß er
in Verbindung mit einem Gemeinwesen eine staatliche Ver-
einigung der Lebensmittellieferung erziele. Man kehre also
auf Umwegen zu dem bekämpften Begriff des Waren-
hauses und der Konsumgenossenschaft zurück. Aber auch sonst
seien deutlicher ausgeprochen worden, daß man einen 100-
prozentigen Sozialismus wolle und daß man von der Per-
sonalpolitik zur Massenpolitik übergehen müsse.
Man hat daher mit Recht von einer Überwindung
d. h. einer Überwindung der Politik geredet, mit der ber-
teten Gewerkschaften an der Gemeinverwaltung des zen-
trums gesprochen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß
eine solche wirtschaftliche Verbindung eintreten kann, und
dann eine, wenigstens für den Augenblick, ungeheuer verstärkte
Front des Sozialismus gegenüber den selbständigen Vereinen
aufricht. Man kann, wie es die Nationalsozialisten wollen,
das soziale Gefühl der Selbstständigkeit, die Freiheit des
Wertes und Kreditwertes und des Verkehrsvermögens, außerdem
eine Anzahl Großbetriebe sozialisiert, so gibt es auf dieser
Bahn kein Halten mehr. Man wird dann 3. A. auch den Haus-
besitz unter die öffentliche Hand stellen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialistische Partei sehr
viele Stimmen aus dem selbständigen Handwerk erhalten hat,
weil der Kern des Handwerks sich im Kampf gegen den
Marxismus gehalten hat. Zweifellos hat aber der Na-
tionalsozialismus noch immer viele Hand-
werkerstimmen bekommen. Deswegen ist es notwendig,
sowohl den Handwerksmeister als auch den Hausbesitzer und
den Wäse an die sozialistischen Ziele dieser Partei hinzu-
weisen und ihn dafür zu warnen, seine eigenen Totengräber zu
untergraben.

Demgegenüber ist es richtig, daß der Reichspräsident im
Frühjahr dieses Jahres die Regierung Papen brief-
lich mit dem ausgesprochenen Wunsch, eine konservative Wirtschafts-
politik zu treiben, d. h. den Grundgedanken der Privatwirtschaft,
besonders auch für die kleinere und mittlere selbständige Unter-
nehmung, aufrechtzuerhalten. Die Regierung ist daher
entgegengekommen sozialistischen Politik dadurch entgegengetre-

ten, daß sie die große marxistische Regierung im Reich, nämlich
die preussische, absetzte und ferner auch entsprechende Ver-
änderungen in vielen anderen Bundesländern durchführte. Diese
Veränderungen in vieler anderer Hinsicht, die sich nicht nur auf
den Handwerker betrafen, sondern auch auf die Arbeiterbewegung
betrafen, die Handwerkskammer mögliche Stützung zugesagt, wenn
auch die Rechte ergriffen und noch beachtenswerten Maßnahmen
über immer richtig und ausreichend genannt werden können.
Die Regierung hat grundsätzlich keine Steuerbefreiung be-
kämpft und eine Entlastung durch die Steuererleichterung be-
kämpft. Sie hat ferner die Gewerkschaften von Arbeitern be-
kämpft und sowohl den Gewerkschaften wie besonders den
Handwerkern auch finanzielle Unterstützung geleistet. Durch 50
Mill. RM Darlehen zur Reparatur des Hausbesitzes sind bis
jetzt für 250 Mill. RM Arbeit, hauptsächlich für das Hand-
werk, vergeben worden, und auch die hohen Summen für die
Arbeiten der Reichsbahn und der Reichspost werden zum Teil
dem Handwerk zugute kommen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß
die Arbeit im Handwerk zu befähigen. Man kann aber auf
dieser Grundlage aufbauen und kann hoffen, daß in Ver-
bindung mit der Besserung der allgemeinen Lage auch für das
Handwerk immer mehr lohnende Arbeit geschaffen werden
kann. Zum Schutze dieses Aufbaues sind aber die bekannten
Maßnahmen des Handwerks zu ergreifen. Es ist also
notwendig, die Handwerkskammer zu reorganisieren, die
Regierung bei öffentlichen Hand muss gänzlich beiseite
werden, der Berufsstand selbst ist durch die sog. Hand-
werkerkammer zu schützen. Die öffentlichen Arbeiten,
einschließlich einer höheren Darlehensbewilligung für den
Hausbesitz, sind in stärkerem Maße an das Handwerk zu
Genehmigung und in der Sozialversicherung, in
weiterzuführen usw.

Eine solche Handwerkskammer muß aber unbedingt in
einem verantwortlichen Reichsamt zusammengefaßt werden,
daher ist die Forderung eines Reichsministers für den Mittel-
stand durchaus berechtigt.

Redner behält noch einmal hervor, daß eine aufbauende
Handwerkskammer eine rein politische Frage ist, der
gegenüber man zu einer klaren Entscheidung für oder gegen
den Sozialismus kommen müsse. Daher sei eine privatwirt-
schaftlich eingeleitete Regierung unbedingt besser für das Hand-
werk, als eine nationalsozialistische. Der Nationalsozialismus
könne nur dann am Wiederaufbau von Landwirtschaft
und Handwerk mitwirken, wenn er sich mit dem nationalen
Geist des Vaterlandes zusammenfasse, und in diesen
Namen auch zu einer Einigung über eine gesunde Wirtschafts-
politik käme. Für das Handwerk gelte also der Ruf: Arbeit
heran! Und schon die letzte Reichstagswahl habe bewiesen,
daß in diesem Sinne die Politik Handwerkskammer stark durch
deutsche Handwerk gestiftet worden sei.

Stimmen aus dem Bekehrte

Für den Inhalt des Bekehrtes übernimmt die Schriftleitung den Vereen gegenüber
keine Verantwortung. Zuschriften gegen die heilige Namenunterstützung und
angehe werden nicht gedruckt. Veröffentlichung erfolgt nur, wenn die Schriftleitung
den Inhalt für die Abklärung eines Gegenstandes werden nicht angegeben

Nu den Stadtmaatskrant

It is nicht möglich, die Stragenbeleuchtung um 23 Uhr
anzuschließen, fast morgens um 6 Uhr, und dafür lieber
morgens um 6 Uhr noch mal einzuschalten. Mancher muß
morgens schon früh auf die Straße, um sein Brot zu ver-
dienen. Es ist lebensgefährlich, wenn man mit Fußwerk auf
die Straße muß. Aber ist veranwortlich, wenn dies passiert
wird? Die Scherzen Zeit um 11 Uhr abends noch nicht zu
Haus ist, soll sich eine Tafel Lampe mitnehmen. H. H.

In das Stadtbauamt

Die Schachfenster der Balkonten sind im allgemeinen in
gutem Zustande, nur an zwei Stellen lassen sie sehr zu wünschen
übrig. Da sind die großen Wasserlöcher an der Poststraße und
die Straße von Deiner bis Wallis Haus an der Theaterstraße.
Hier sind es besonders die Wasserlöcher, die durch die Schach-
fenster vorfallen können, die den höchsten Zustand des Wechsels
erreichen. Sie brauchen ihn deswegen nicht, um das einmalige
Überfließen der Fabrikstraße zu vermeiden. Nach meiner Be-
obachtung ist der Zustand dadurch entstanden, daß die im Wasser
der Balkonten die Erde auf den Weg geworfen wurde, weil
dafür nicht sein. Auch der fehlgeschickte Zustand des Wasser-
leitungs Systems und der Wasserleitungen im Stadt und die
bestehen bringen entlicher Abfälle. Das Stadtbauamt
ein Einsehen haben. —

Unterhaltung und Wissen

Nummer 334 / Mittwoch, 7. Dezember 1932

Unterhaltungsteil der „Nachrichten für Stadt und Land“

Fahrende Jugend zum Ruhm

Von Rudolf Jeremias Kreuz

Schaffendes Varen war einmal früher bewährtes Mittel zum Fortwärtkommen. Die jungen Leute nahmen, nachdem sie die Schulbank entsprechend gedrückt hatten, Platz im Staatsdienst, in der Armee, in Privatbetrieben. Neben eine Einlaufnummer — ihren Rang, erhielten Arbeit zugewiesen. Und harrten. Erharrten ihre Karriere, deren Dauer und Größe, einige Brauchbarkeit vorausgesetzt, siffermäßig zu errechnen nicht schwer fiel. In soundso vielen Jahren, wenn die Einlaufnummer an der „Tour“ war, erlommen man eine höhere Spröfje auf der Stellungleiter. Man avancierte an Titel und Gehalt. Und wenn mit dem Alter ungeliebte Verwendungsgleichen Schritt hielt, brachte man es bis zu einem gewissen Grad von Ironie und ehrlich erflarer Würde. Der „blaue Regen“ als Wochenschau.

Nach dieser Scholung trat vor dem Kriege ein Großteil der „staatlich“ erfassten „studierten“ Mannesjugend ins Leben. Die Frauen nahen ihre Wütigkeit, um möglichst preiswert unter die Saube zu kommen. Sie lernten gefällig, dieses Ziel fördernde Dinge: ein bißchen Kunst, einen Hauch Literatur. Das Glück der Prinzeß galt beiden Geschlechtern als Zukunftsstraum.

Die Flucht in das Ungeheißere der freien Berufe erfolgte selten. Sie beschränkte sich auf die wenigen, die aus der Reihe fielen, weil wirtschaftliches Verufenfische sie dazu trieb.

Heute waltet eine umgekehrte Gesetzmäßigkeit. Die Schumpfung des staatlichen Verwaltungsapparates ist „Augen der Sparparungen“ verringert die Nachfrage nach Intelligenzen, die beamtet, also versorgt sein wollen. Die Kriße in fast allen Betrieben fordert den Abbau von Kräften, statt deren Zuwachs. Das Angebot ist riesig.

Die „Jugend“, Meißensprüche in den Taschen, klopfen an verschlossene Türen. Was tun? Befähigungsbrang stößt vor, taupst ins Leere. Raum aus dem finstigen Wolken nicht erreichen kann. Schlägt sich wund. Zerfällt in die Verzweiflung der Wunschträume, beginnt, da kein anderer es tut, sich selbst zu entdecken: drängt zur Kunst. Hier gibt es keinen numerus clausus, die Tore stehen je dem offen zu stehen. Hat man es nicht erlebt und erlebt es täglich, wie aus Unbekanntem plötzlich gemachte Leute werden? Gesehen noch hungernder Phantasi, heute besaunete Hoffnung, morgen Star. Nun also! Wer wagt, gewinnt.

Wüßigsgänger wider Willen, Arbeitslose, dem nächsten Verstande nach, werden am leichtesten zu Träumern. Entwickeln sich, aufgewundener Maße voll, zu Hofordereuten des Lebens. In ruhigen Zeitaltern wäre es ihnen nicht im Schlaf eingeleiten, aus dem etwaigen Keim eines Talentes mehr zu machen als eine angenehme, zerstreute Freizeit, reizend, um dem grauen Einzelnen des „gehörten“ Berufsalltags ein paar leuchtende Farben zu leihen. Sie hätten gefällig Diktator, wären Schneider im Dichten, Wüßigern, Wüßigern, Schmeichlern geblieben. Selbst in Salons und Vereinen. Abenteurer, ungeschicklich! Das verleierte Amt forderte fast den ganzen Menschen. Sein künstlich erfüllter Neß hatte keinen geschäftlichen, sondern ästhetischen Ehrgeiz. Rebenfisch.

Jetzt werden Talenteipuren ausgebaut, gewaltsam trotz von ihren Besitzern umschmeichelt. Tragt uns empor, heißt uns zu erfüllter Erlernen. Macht etwas aus uns, da wir mit all unserer Schulweisheit nichts Regelrechtes werden dürfen! Eine Unzahl junger Leute, die reichlich Zeit haben, weil man sie in eben dem Staats wegen mißhöflich bedauerndem Aufsehzuden läßt, fangen bitter ernstlich zu dichten, zu musizieren, zu malen, zu mimen an.

Da jeder, der das Zeug zum Schöpferischen fühlt, mit wildem Reiß an seiner Vollendung arbeitet, und weil Training keinem Talent schadet, gewinnt der Durchschnitt an Fähigkeit. In der Kunst des Schreibens zum Beispiel hat noch keine Epoche so viel „Dreidreife“ hervorgebracht. Schulung an Vorbildern, fündige Ab-

schau des technischen Rüstzeugs „Arbitrierer“ läßt auch bei Leistungen wenig zu wünschen übrig. Die Schauspielerschulen entfenden alljährlich eine Menge darstellerisch durchaus Brauchbarer in das erste Engagement.

Etwas anderes ist es freilich mit der Eigenart. Wie man's macht, haben die meisten bald heraus; daß man es in jeder Kunst unternommen zu schaffen muß, um auch nur ein Zipselchen ihres Stierneimantels zu erhaschen, wenige. Darum entläßt die Nachfrage oft trotz ungeliebten Angebots. Die Einmaligkeit des Genialischen scheint um so härter in Erscheinung treten zu wollen, je besitzener sich die begabte Menge zu organisieren weiß. Denn dies ist ja der Segen und das Stigma des Originalen: Stützen abzulehnen, um vorwärts zu kommen. Und der Fühler der Mitte, der Mittelmaßigkeit heißt: Anlehnung. Der junge Romanistkristall A. schäpft im Stil des arribierten P.; der Dramatiker A. zeigt sich unerkennbar von der Routine des berühmten B. beeinflusst. Die Feuilletons des C. erinnern sofort an die ausgezeichneten Arbeiten des berühmten D. Und so weiter mit Grazie. Zudem die Kritik durch Vergleiche Lob zu spenden meist, demangelt sie in Wahrheit das Fehlen dessen, worauf es ja doch letzten Endes ankommt: Einmaligkeit.

Wie erwidert man sie? — Den Fühler des Kunstmaris

blinden Fußstapfentretter sicherer als Wegebahner. Sie bemängeln den Durchschritt, aber sie fürchten sich gleichzeitig vor jedem, der in eigener Spur aufzufischen sich erlaubt.

Doppelt gebändigt steht der Anwärter auf unverwundbare Persönlichkeit inmitten der gewöhnlichen Tüchtigkeit der marfigängig Organisierten: als Einfamer preisgegeben, weil er nicht preisübend ist, und als schlechter Kamerad, dessen Sphärenleben von den auf niedriger Ebene Ringenden nicht als gütliche Eingebung, sondern stets als Annahung gewertet wird. Unerbittliches Glück geht dazu, um sich demnach emporzuarbeiten und nicht als „Eigener“ zu resignieren, irre am Goetheort vom „höchsten Glück der Erdenkinder“: der Persönlichkeit.

Es ist rührend zu sehen, wie die Dichter zahlreich und zahlreicher werden, wie die garte Blume der Lyrik sogar inmitten der Maschinenwelt mehr und mehr Wurzel schlägt. Wie Theater und Film, Musikschulen und Musikschulen, von Talenten unwimmelt, sich des Nachwuchses kaum erheben können. Es scheint, als ob der zweidimensionalen Nüchternheit der Welt umgekehrt proportional die Sehnsucht ginge, sie mußlich zu überwinden.

Das Publikum staunt und wartet geduldig auf die Stars von morgen. Ohne sich im Wägenatenehrgeiz zu überleiten.

Gesichte um den Tannenbaum

Weihnachtsausstellung in der Wüßigerstraße Bremen, 6. Dezember.

Im Werkbundsaal der Wüßigerstraße zeigen die Bremer Gruppe des Deutschen Werkbundes und die Arbeitsgemeinschaft „Meier-Guns“ zurzeit ihre Weihnachtsausstellung „Gesichte um den Tannenbaum“. Da fällt zunächst allerlei neuartiges Spielzeug auf: die wunderlichen Vackberierere von Gerda Juliusberg, dem das Holzspielzeug, Häuer und Wäime sauberster Dreifarbearbeit aus der kunstschön Fischerhude V. G. Nöhrmeyer. Irngard Neumann-Sonneberg wartet mit sehr begabenen und ausdrucksstarken Charakterfiguren in Stoff auf, zu denen W. Lichtenford einen amüsanen Hintergrund stellt. Puppen und Tiere in Holz, Stoff und Webstoff vervollständigen die bunte Welt des Stundes.

In diesem Zusammenhang darf gleich eine Oldenburgerin erwähnt werden, Emma Ritter; sie zeigt Hinterglasmalereien, von denen die Mädchenmotive eine feine Eindringung verraten — willkommener Schmuck für Kinderzimmer. Auch die bunten Spanischgülden von Müller-Scheffel, Friede, Reiermann, Benz-Benitz und Lichtenford dürfen nicht vergessen werden.

Einen breiten Raum nimmt die Krippenkunst ein; die süddeutsche tritt gegenüber der neuen niederdeutschen in den Vordergrund. Gleichfalls Krippen-Wächler und Alla Sirendalio Schradt stellen ihre wunderschönen Gipsfiguren und Gruppen aus, die Gleichfalls die farbliche Klaffung in Hündigkeit bei Bremen in Wachs formte und kolorierte.

Endlich sei des Kunsthandwerks oldenburgischen Ursprungs gedacht. Aus der Werkstattreihe von Axel Reed, Vollmershof bei Ham, flammereisere von Helen in unübertrefflicher Farbgebung. Prunkstück dieser Sonderbau ist ein aus Achat geschnitten, überbeschlagnener Vokal. Gebrüder Leiser, Jar, bieten moderne Falstetten und deutsche Gesehne von erlehener Farbenpracht und Schönheit des Schiffs. Klein Wunder, daß dieser Schmuck die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht, ebenso wie die gollene, mit erlehener Gesehne verzierter Fingerlinge. Man weiß, mit welchen unendlichen Schwierigkeiten die Bevölkerung des oldenburgischen Landes teils im Rheinland zu kämpfen hat, zumal die Ausfuhr der Erzeugnisse ihrer Gesehneindustrie fast völlig unterbunden wurde. So kann man nur wünschen und hoffen, daß die Weihnachtsausstellung der Wüßigerstraße dazu beiträgt, zum Kauf der einzigartigen Dorerer Bearbeiten anzuregen. W. S.

Der „Nichtweg“ von Newport

Krise der Newporter Theater

Newports „Große Weiße Straße“ leuchtet nicht mehr in dem Glanz wie früher. Zwar äußerlich hat die Lichtstraße nicht viel an Helligkeit eingebüßt; vor jedoch hinter die Klaffen blickt, merkt, wie trübe heute das Licht des Broadway glimmt, auch er leidet schwer unter der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie noch nie in der Geschichte der amerikanischen Theater. Wenn man auch heute genauen Zahlen bekommen kann, so steht doch fest, daß mindestens 4000 Schauspieler und Schauspielerinnen allein in Newport keine Beschäftigung haben. Mit dem Zusammenbruch des Wohlstands ist auch die Zeit der hohen Preise dahin. Nicht länger gibt es Kräfte, die sich den Sitz für eine Premiere 50 Dollars und noch mehr kosten lassen. Die Zuschauerzahlen, die früher die Karten weit über dem höchsten Preis losgingen, haben nichts mehr zu tun, denn ausverkaufte Häuser gibt es kaum noch; jeder bekommt so viel Plätze, als er will.

Die Formen des Theatergeschäfts haben sich im Verlauf der Krise entscheidend verändert. Früher war der Stolz des Broadway die große musikalische Revue, bei der an Prunk und Schönheit angeboten wurde, was sich nur erdenken ließ. Diese Monster-Schaue sind heute aufgegeben, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: Das Mißlo ist zu groß, denn eine solche Revue verhängt Summen zwischen 50 000 und 200 000 Dollars und kann sich nur bei einer langen Spieldauer rentieren. Sodann ist der eigentliche Käufer auf diesem Gebiet, Florenz Ziegfeld, gestorben, und mit ihm fällt die große Revue dahin. Es dauerte genöthlich 16 Wochen, bis ein solches Unternehmen jenseits Genöme abwarf, und mit einer derartigen Dauer kann man jetzt nicht mehr rechnen.

Die letzten musikalischen Revuen, die herausgebracht wurden, verschlangen solche Unsummen, daß man sich von diesem einstigen Prunkstück des Broadway abgewandt hat. Kleinere Revuen, die auf Mißlo verzichten, können schon mit etwa 3000 Dollars inszeniert werden und bringen die Kosten in wenigen Wochen ein. Aber auch damit ist nicht viel zu verdienen. In der Spielzeit 1931/32 waren 83 Mißlo aller gespielten Revuen verlor; in der vorhergehenden Spielzeit waren es 77 Mißlo.

Einer der führenden amerikanischen Kritiker, Alexander Woolcott, gab kürzlich seinen Vollen als Theaterreferent an der Wochenschrift „Ufe“ auf, mit der Begründung, daß das Theater in Newport einen langamen Tod erlebe. Auch hier diesen Hoffnungslosigkeit, was doch zeigen, daß die Zustände beim Theater recht bedenklich sind.

Was ist ein Witz?

Neues zur Psychologie des Humors

Nach der 150 Jahre verstand man unter Witz dasselbe wie Verstand. Denn damals ein „Frauenzimmer von Witz“ einen Mann suchte, dann wollte sie damit nicht etwa sagen, ihr Gatte werde etwas zu lachen haben, sondern sie wollte sich als kluge Frau empfehlen, bei der der Mann gewiß nicht alsu viel zu lachen habe.

Witz ist von demselben Stamm wie Wissen; ein zu früher Witz war Fährnis, Warnung, Zucht. Erst allmählich ist der Witz von der Bezeichnung des objektiven Verstandes zur subjektiven Gabe einer bestimmten Person geworden, die ihren Verstand zur Hervorbringung einer komischen Wirkung anwendet.

Auf diese Zusammenhänge macht Otto Forst die Bataglia in seiner bei L. Stadmann in Leipzig erschienenen Biographie von Johann Neffroy aufmerksam, der ja einer der größten Meister des Witzes war. Der Verfasser will diesen genialen Witzdichter, dessen künstlerische Bedeutung immer mehr erkannt wird, als „den größten komischen Dichter und größten Satiriker deutscher Sprache, einen der größten Meister des deutschen Wortes und „den größten Schriftsteller des Mittelalters“ darstellen. Ohne zu entscheiden, in wie weit ihm dies gelungen ist, muß zugegeben werden, daß die dämonische Größe dieses Komikers, den sein Lobredner „Wüßigern der Menschen, Magier des Wortes“ nennt, noch niemals so eindringlich gefaßt worden ist.

Geschildert ist auch die Psychologie des Witzes, die er zum besseren Verständnis von Neffroys Kunst bietet. „Der Witz, den wir aus der Leistung des menschlichen Witzes, aus den Witzgen gewinnen“, schreibt er, „beruht auf einer allbekanntesten psychologischen Tatsache, daß wir nämlich die auf sich Unlust bringenden Verbindungen dann begreifen, wenn wir durch den Gegenstand zu dieser Unlust die spätere Entwirrung um so wonniger empfinden. Dieses Gesetz der Zufvermehrung durch vorherige Unlust fällt sich in das noch allgemeinere der Gegenstand-Wirkung. Sie fahrt zwei Dinge voneinander abzuheben, um so schärfer sehen wir das, was den

wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Vergleichsobjekten ausmacht. Wir müssen ferner zur Erklärung des Witzes, der vom Witz, von dem treffenden schlagfertigen Urteil über eine bisher verborgene Wahrheit ausgeht, auf eine zweite, mehr im Körperlichen verwurzelte Erscheinung hinweisen: auf die Befreiung, die wir nach jeder Sekretion unserer Kräfte verspüren; im psychischen Bereich aber auf die Erleichterung, die es uns gewährt, uns etwas „von der Seele zu reden.“

Dazu, daß ein schlagfertiges Urteil ein Witz wird, gehört aber dann noch das Moment des Komischen, dessen Vorüber man lacht. Diese notwendige Zufvermehrung tritt dann ein, wenn wir an dem Urteil selbst beteiligt sind; wir fühlen dann an dem neuentdeckten Wahrheit eine doppelte Freude, entweder Schadenfreude, wenn durch unsere Gegner herabgelacht werden, oder Siegesfreude, wenn wir uns erhöht sehen. Ein Witz ist nur dann vorhanden, wenn das Urteil, das ihn ausstrahlt, nicht nur für richtig und schnell gewonnen, sondern auch für wahr gilt. Der Witz muß seinem Erfinder und allen, an die er sich richtet, das Gefühl der Überlegenheit denen gegenüber bieten, auf deren Kosten gelacht wird.

Daher ist der Witz entweder das Urteil des Stärkeren über den Schwächeren, das sein Nachschreiben erhöht, oder das des Schwächeren über den Stärkeren, indem jener sich dadurch ein Gegenwärtig für sein Minderwertigkeitsgefühl schafft. Der Witz des Stärkeren über den Schwächeren ist z. B. der des Engländers über den Fren oder Schotten, die Unzulängen des Fren verpöndet, dann kommt er sich im Gefühl seines höheren Wertes, denn er selbst ist kein solcher Gollgenrit, Verschwendler und Lüderjan. Der Witz des Stärkeren kommt auch in dem Vergleichen an „Kindermund“ zum Ausdruck, denn hier klingt das Gefühl des Erwachsenden mit, daß er den Kleinen doch weit überlegen ist.

Der Witz des Unterdrückten ist z. B. der der Griechen gegen die Römer, der des Seines gegen den Gewaltmenschlichen. Auch der des Studenten über die gestreuten Professoren. Der Professor wird zwar hier als der stillere an-

erkannt, aber der Student dünkt sich ihm dadurch überlegen, daß er im praktischen Leben besser Bescheid weiß. — Auch die Parodie ist meist der Witz des Schwächeren, da diese Gattung ja nur selten von völlig anerkannten Schriftstellern gepflegt wird. So ist der Witz eine siegreiche Waffe in der Hand des Mächtigen wie des Schwachen.

Verlängerte Augenwimpern

Künstliche Wimpern, die die natürlichen verlängern, sind für die moderne Parfimerin ein so gebräuchliches Mittel, daß sie bereits im Warenhaus gekauft werden können! Aber man muß sich dabei an die besten Sorten halten. Eine vollständige Wimpernarbeit, die auf die Lider geklebt wird, ist vielleicht für jähmüde gut, die dadurch im Papierlampenlicht ein erotisches Aussehen gewinnen, aber nicht für die Dame der Gesellschaft, die es vorzieht, jede Wimper einzeln zu verlängern. Diese Verlängerung muß natürlich von einem Sachverständigen ausgeführt werden; aber die Geschäftsführer jähmüde gut, und die verlängerten Wimpern werden dann mit der Schere je nach dem Typ der Trägerin zurechtgestutzt. Allerdings muß die Verleiherin dieses künstlichen Augen schmuckes sich davon hüten, Fäden zu verlegen, die für besonders viele Wimpern in Gruppen zu drei oder vier zusammenzusetzen, zwischen denen dann keine Lücken sind. Die Augen erhalten dadurch einen etwas komischen Ausdruck, der dem einer billigen Puppe gleicht, aber diese Gruppierung gilt nun einmal für schön, so seltsam sie wirkt, und wird sehr begehrt.

Neue Zeitung. Der Gemütsladen gehörte dem Schutzes schon seit mehreren Generationen. So erregte denn das Wänt im Frenier „Unter neuer Zeitung“ die Verwunderung der Umgebend. Als Tage vergingen und Schutzes immer noch hier bisher hinter dem Ladentisch stand, fragte ihn schließlich ein Kunde, wann denn der neue Besitzer käme? „Wieso neuer Besitzer?“ fragte Schutzes. „Im Frenier steht doch unter neuer Zeitung?“ „Aber gewiß! Wissen Sie denn nicht, daß ich geheret habe?“

